

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

267 (16.11.1932)

Volksfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTA MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
ansichten und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeter-
zeile 60 Pfennig o. Bei Wiederholung halbiert nach Zeit, bei halbjährlicher Be-
schreibung bis, bei geschäftlicher Werbung und bei Restkurs außer Kraft tritt o. Erläuterung
und Beilagen: 10 Karlsruher, 7 o. Schluß der Abrechnung 1. November.

Andere wöchentlichen Beilagen: Heim,
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialist.
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die
der 1.

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Dfl., halbjährlich 10,92 Dfl., jährlich 21,84 Dfl. (einschl. Post- und
1,90 Mark o. Durch die Post 2,36 Mark o. Einschlußpost 10 Pfennig o. Ein-
schlußpost 11 Pfennig o. Einschlußpost 2000 Karlsruher o. Einschlußpost
und Beilagen: Karlsruher 1. D. Poststraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Telegraf-
Verlag, Karlsruher 9 D. Post-Telegraphen-Verlag, 12. Postfach, Karlsruhe, 2. Offenburg, Republik, 8

Nummer 267

Karlsruhe, Mittwoch, den 16. November 1932

52. Jahrgang

Zurücktreten, Herr v. Papen!

Kanzlereinladung abgelehnt

Der sozialdemokratische Fraktionsvorstand geht nicht zu Papen

Berlin, 15. Nov. (Eig. Draht.)

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat am Dienstag einstimmig beschlossen, der Einladung des Reichskanzlers von Papen zu einer Unterredung in der Reichstagskammer nicht zu folgen.

Der Reichskanzler von Papen hat durch zweimalige Auflösung des Reichstags das deutsche Volk zweimal über seine Regierungspolitik befragt und zweimal vernichtende Aburteilungen erhalten. Die Verfassungen, die er beschworen hat, gibt ihm nicht das Recht, weitere Verhandlungen zu führen, die verpflichtet ihn vielmehr zum Rücktritt.

Der Reichskanzler von Papen hat sich bei seinem Vorgehen gegen die rechtmäßige Regierung Preußens über die Verfassung und den Spruch des höchsten Gerichts ebenso hinweggesetzt, wie er durch sein Verhalten im Amt das Urteil des Volkes mißachtet hat. Er hat in seinen öffentlichen Reden die Parteienverunglimpfung, und diejenigen, die sich seiner Poli-

tik entgegenstellen, als Feinde des Volkes bezeichnet. Sein ganzes Verhalten macht ihn als Verhandlungspartner für die Sozialdemokratie ungeeignet.

Die Sozialdemokratische Partei erblickt in dem Reichskanzler von Papen den Sachwalter einer winzigen Minderheit, die sich in rücksichtsloser Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen nicht scheut, über die Grundgesetze der Republik und die Rechte des Volkes hinwegzugehen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kann aus all diesen Gründen von der geplanten Besprechung ein Ergebnis nicht erwarten. Er hält es jedoch für notwendig, in aller Deutlichkeit seine Stimme zu erheben gegen eine Politik, die sich mit jedem Schritt von dem Boden des Rechts weiter entfernt. Er wendet sich aufs Schärfste gegen die öffentlich erklärten verbrecherischen Pläne, die darauf abzielen, die durch Beschluß der Nationalversammlung rechtmäßig zustandegekommene Verfassung auf verfassungswidrigen Wege abzuändern und fordert den Rücktritt dieser Regierung.

Vergiftung des Parteilebens

Zur Freude der Gegner, zum Schaden der Partei

G. Sch. Seit dem Fall des Sozialistengesetzes ist es innerhalb der badischen Sozialdemokratie zum viertenmal zu außerordentlich schweren Auseinandersetzungen gekommen: zuerst durch den „Fall Stegmüller“, dann durch die Budgetbewilligung, weiter durch die Großblodpolitik und nunmehr durch das Konkordat. Wir brauchen und wir wollen es auch nicht leugnen: ein politisch folgenreicher Kampf ist in unsern Reihen entbrannt; sein Ausgang wird nicht nur von allerhöchster Bedeutung für die badische Sozialdemokratie sein, er wird auch den Gang der badischen Politik im allgemeinen in der nächsten Zukunft stark beeinflussen. Der Kampf innerhalb der Partei ist entbrannt, und das Jagen zu müssen ist besonders schmerzhaft inmitten einer Zeit, in der nicht nur die Sozialdemokratie, sondern das gesamte Proletariat, bebrängt von der beinahe tödlichen Wirtschaftskrise und von der aus ihr täglich genährten politischen und sozialen Reaktion, ein Lebensinteresse daran hat, einig und geschlossen, unter dem Aufgebot der verfügbaren Kraft, erfolgreich seinen notwendigen Widerstand und Todfeinden entgegenzutreten. Das Schicksal der proletarischen Klasse hängt auf Jahrzehnte hinaus vom Ausgang dieses Kampfes ab. Und ausgerechnet wegen eines Staatsvertrags mit den Kirchen, der, man mag seine Bedeutung so hoch einschätzen wie immer man will oder es glaubt tun zu müssen, die Lebensinteressen des Proletariats wirklich nicht entscheidend berührt, die Existenz der Partei zwar nicht bedroht, auch ihr Gefüge nicht erschüttert, ist innerhalb der badischen Sozialdemokratie ein Streit ausgebrochen, der vorübergehend die Kampfkraft gegen die politische und soziale Reaktion immerhin zu schwächen vermag. Nach Arbeit und Brot schreien die hungernden Massen; die Gemeinden stehen zum großen Teil finanziell vor dem Zusammenbruch; die Not jagt gellend durch die Gassen; dem Reich drohen die schwersten inneren Erschütterungen; wirtschaftlich und außenpolitisch türmt sich Gefahr auf Gefahr; wir aber stehen einander mit heißen Köpfen und in leidenschaftlicher Erregung wegen eines Vertrages gegenüber, dessen Bedeutung selbst bei der schärfsten Auslegung unendlich weit hinter den Schicksalsfragen zurücksteht, deren Größe von zermalmender Wichtigkeit wird, wenn wir sie nicht zu meistern vermögen.

Auseinandersetzungen innerhalb der Partei über Annahme oder Nichtannahme des Konkordats, auch über eine eventuelle Stimmhaltung, sind verständlich, zumal in einem Lande, das das kulturelle Schicksal der Sozialdemokratie mit Recht sorgsam behüten soll. Und der scharfe Protest, der gerade aus den Kreisen der Arbeiterklasse dagegen kam, in dieser Zeit schwerster finanzieller Bedrängnis viele Hunderttausende den Kirchen aus Staatsmitteln durch die Sozialdemokratie zu bewilligen, war schon deshalb verständlich, weil wir programmatisch Trennung der Kirche vom Staate fordern. Darüber mochten im Meinungskampf die Klänge in sachlicher Schärfe gekreuzt werden; solche Meinungskämpfe sachlich geführt, haben der Partei noch niemals geschadet, sie haben ihr stets genützt.

Wird aber, mindestens seit Sonntag, von allen Genossen der Meinungskampf ausschließlich sachlich geführt? Leider, nein! Wie oft in der Vergangenheit hat die Parteimehrheit schon gegen Beschlüsse einer ihrer parlamentarischen Vertretungen Opposition gemacht; wie oft haben sozialdemokratische Fraktionen schon im härtesten Feuer der Parteikritik gestanden und — ganz natürlich — auch Fehler begangen. Wann und wo aber war es bisher erhört, wenn wir einzelnen Episoden in der Jugendzeit der Partei und des sachlichen Parteilebens vor ein paar Jahren absehen, daß ein Landespartei-Vorstand der Fraktion vor aller Öffentlichkeit „parteiwidriges“ Verhalten vorwirft, sie also anprangert? Mit dem Landesvorstand bekämpfen wir die Haltung der Fraktionsmehrheit zum Konkordat. Wir bedauern den Fraktionsbeschluss vom vergangenen Freitag, aber die Fraktion hat dabei die ihr zustehenden Befugnisse nicht überschritten. Sie hat den Beschluß der Parteinstanzen respektiert, soweit er klar und eindeutig war. Daß die Fraktion sich für Stimmhaltung beim Konkordat entschieden hat, halten wir für falsch, aber sie war unstrittig von dem ehrlichen Willen und Wollen geleitet, im Interesse der ohnehin schwer bedrängten Arbeiterklasse in Baden eine politische Konstellation nicht zu gefährden, die sich bisher auch für die Arbeiterklasse als nützlich erwiesen hat und die — vielleicht — in der fernsten Zukunft von erheblicher Bedeutung sein kann, sofern sie weiterhin möglich ist. Außer dem Entsprach diese Einstellung der Fraktion durch aus der politischen Linie, die die badische Sozialdemokratie seit nunmehr dreizehn Jahren mit oft in Deutschland anerkannter Konsequenz innegehalten hat. Und weiter: hätten wir nicht die gegenwärtigen hundsmissigen wirtschaftlichen und, wenigstens im Reich, politischen Verhältnisse, wenn wir man glauben machen, daß dann der Abschluß eines Konkordats die badische Sozialdemokratie derart aufgeregt hätte würde? Trotzdem begnügte sich der Landesvorstand nicht mit

Ausklang der Genfer Vorgänge

Genf, 14. Nov. Der Militärbesatzhaber hat 22 Genfer Soldaten festnehmen lassen, die sich am Samstag nach den Verhandlungsergebnissen mit den Arbeitern verbündet und mit ihnen die Internationale gefangen haben.

Genf, 15. Nov. (Eig. Draht.) Im Kantonal-Hospital in Genf ist jetzt das dreizehnte Opfer des Maschinenarbeiterstreiks vom 1. November seinen Verletzungen erlegen. Es ist ein Lehrer, der wie die 10 anderen getöteten Demonstranten mit der Demonstration gar nichts zu tun hatte, und auf dem Nachhauseweg von den Augen überfallen wurde.

Der Sekretär der schweizerischen Sozialdemokratie, Abgeordneter Graber, verlangt in seiner Zeitung „La Sentinelle“ (der Wochenpost) die Verhaftung des Genfer Maschinenführers C. Ramare. Dieser hat sich in einem Interview des „Corriere della Sera“ gerühmt, mit seiner Drohung eines Staatsstreiks die Regierung zur Verhaftung Nicolas gezwungen zu haben. Im übrigen rüdt Graber scharf von der Revolutionärinmethode der Genfer Sozialisten ab, für die weder wirtschaftlich noch politisch ein Boden vorhanden sei. Man habe nicht das Recht, eine revolutionäre Haltung einzunehmen, wenn die Ereignisse andere Wege offenbaren, und wenn man nicht über die geringsten revolutionären Instrumente verfüge. Diese Taktik verurteilt er nur die Wirksamkeit und den Erfolg der konstruktiven Politik, von der er für die Arbeiterklasse die Eroberung der Macht und die Verwirklichung des Sozialismus erwarte. Von den 22 verhafteten Soldaten sind bereits drei verurteilt und nach dem Sabatan transportiert worden.

SA-Leute beschimpfen Schusspolizei

Durchsuchung eines SA-Heimes in Hamburg 15 Festnahmen

Hamburg, 15. Nov. Als gestern nacht Schusspolizeibeamte in Zivil auf ihrem Nachhauseweg an einem SA-Heim vorbeikamen, wurden sie von einem Posten festgehalten. Die Beamten beschimpften die Beamten sich daraufhin anzuweisen und gegen den SA-Mann vorgehen wollten, wurden sie vom Hof des Heimes aus beschossen. Ein sofort alarmiertes Überfallkommando sowie Kriminalbeamte nahmen eine Durchsuchung des Heimes vor, wobei mehrere Waffen, Patronen und Leuchtpistolen gefunden wurden. Nach beendeter Durchsuchung wurden die Beamten beim Abzug aus einem im oberen Stockwerk gelegenen Schlafraum der SA-Leute beschimpft. Bei der daraufhin nochmals notwendig gewordenen Durchsuchung zwecks Festnahme eines SA-Mannes wurden die Beamten von Schreihören weiter beschimpft, worauf die Polizei alle im Hause anwesenden SA-Leute festnahm.

Der Reichswirtschaftsminister vor dem Einzelhandel

Berlin, 15. Nov. Reichswirtschaftsminister Professor Dr. Brüning hielt heute nachmittags vor der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels eine Rede, in der er nach einer Begrüßung über die Verhältnisse der Reichsregierung u. a. ausführte. Nach allen diesen Anzeichen dürfen wir auch für unser Land und den Standpunkt vertreten, daß die Krise den Tiefpunkt erreicht hat, und daß wir erwarten dürfen, daß, wenn keine innerwirtschaftlichen Störungen den Verlauf der Dinge beeinträchtigen, in den kommenden Monaten eine langsame Besserung unserer Verhältnisse eintritt. Die Tatsache, daß die Rentenkurse verhältnismäßig härter als bei Aktienkursen sinken, läßt mit aller Deutlichkeit erkennen, daß das Vertrauen in die Stabilität unserer Währungsverhältnisse sich fortwährend verbessert hat. Das wirksamste Mittel, die Kreditbereitschaft der Banken zu erhöhen, scheint mir auf dem Gebiete der Selbsthilfe zu liegen.

Neuer Fememord-Verdacht

Dresden, 15. Nov. (Eig. Draht.) In Dresden wird seit einiger Zeit der Schloßherr Herbert Henrich vermißt. Jetzt gibt die Polizei bekannt, daß drei weitere Personen, der Junker Rudolf Schenk, der Telegraphen-Kassendirektor Friedrich Franke und der Verwalter Walter Böckel gefaßt sind, nachdem sie davon Kenntnis hatten, daß die Kriminalpolizei mit der Möglichkeit eines Verbrechens rechnet. Nach den bisherigen Feststellungen ist Henrich am Abend des 4. November telefonisch angerufen und für 11 Uhr nachts in die Nähe eines Gasthofes bestellt worden. Dort ist er auch eingetroffen. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Henrich und auch die anderen Personen sind Mitglieder der NSDAP und gehören einer Sturmabteilung an. Der Vermißte hat seine Wohnung in SA-Uniform mit Mantel verlassen. Es ist aus all diesen Umständen anzunehmen, daß an Henrich ein Fememord verübt worden ist.

Tagesschau

Die Deutsche Reichspost veröffentlicht ihren Bericht über das zweite Viertel (Juli bis September) des Rechnungsjahres 1932. Gegenüber dem Vorjahr ist der Verkehr in fast allen Verkehrszweigen zurückgegangen. Gegenüber dem ersten Viertel (April bis Juni) des laufenden Rechnungsjahres hat sich die Verkehrsleistung etwas günstiger gestaltet.

In den letzten Tagen fand im Volkshaus in Berlin unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Brüning eine Besprechung der Leiter der staatlichen Kriminalpolizeistellen Preußens statt.

Berlin, 15. Nov. Der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser ist aus der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels ausgeschieden.

Die von der „Münchener Post“ gebrachte Meldung von einem angeblich bestehenden Bündnis zwischen Bayerischer Volkspartei und der NSDAP, wird von zuständiger Stelle als reines Phantasieprodukt bezeichnet.

Konstantinopel, 15. Nov. Leo Trotski ist mit seiner Familie nach Kopenhagen an Bord des italienischen Dampfers „Praga“ abgereist.

Parteitag der badischen SPD.

Der Landesvorstand hat beschlossen, auf Sonntag, den 27. November, nach Offenburg einen außerordentlichen Parteitag

der badischen Sozialdemokratie einzuberufen. Im Mittelpunkt der Beratungen des Parteitages wird die Konkordatsfrage und die Haltung der Fraktionsmehrheit dazu stehen.

einem „Ich klage an!“, sondern er funkte in das Land hin- aus: „Ich verurteile wegen Parteischädigung!“

Das nur nebenbei. Was sich aber der Genosse Harpuder in der gestrigen Ausgabe der Mannheimer „Volkstimme“ leistet, das ist mehr als geeignet, die weiteren Auseinander- setzungen aufs Schärfste zu vergiften, die Leidenschaft in einer Weise zu erhitzen, daß schließlich ernste Kompensationen unvermeidlich sind.

Wie die biblische Judith den Kopf des Holofernes, fordert Harpuder den Kopf des Genossen Rüdert. Das genügt ihm aber nicht. Bevor der Kopf Leopolds zu Harpuders Füßen rollt, bringt es Harpuder tatsächlich fertig, gegen Rüdert ein- fach ungeheuerliche Anklagen zu erheben. Rüdert soll die „Ehre der Partei in Frage gestellt“, er soll den Versuch unternommen haben, ein „unehrliches Spiel“, ja ein „Schindluderstück“ mit verpfändeten Worten der Partei getrieben zu haben.

Wie jedes anderen Genossen, ist es auch das Recht des Ge- nossen Harpuder, den Rücktritt eines Parteifunktionärs zu wünschen und zu fordern. Wogegen wir aber vom Standpunkt der Partei und vom Standpunkt der Fraktion erheben, das ist die Tatsache, daß in einem Parteiblatt der Rücktritt eines mit wichtigen Funktionen betrauten Parteigenossen durch Methoden erzwingen werden soll, wie sie zur Schande der politischen Publizistik Deutschlands seit Jahr und Tag vor allem in der nationalsozialistischen Presse gang und gäbe sind.

Die entscheidende Frage richten wir aber an die Land- tagsfraktion. Sie hat erst gestern einstimmig den Ge- nossen Rüdert wieder zum Fraktionsführer gewählt. Will sich die Fraktion eine solche unerhörte Mißhandlung ihres Füh- rers in einem Parteiblatt gefallen lassen, ohne zu den schärf- sten Mitteln der Abwehr zu schreiten, die innerhalb der Par- tei möglich sind? Nicht nur die Fraktionsmehrheit, sondern die gesamte Fraktion ist unserer Erachtens zur uner- schütterlichen Solidarität mit ihrem Vorstehenden verpflichtet, denn sonst würde die Fraktion nicht nur im Ur- teil der Gegner, sondern auch im Urteil der eigenen Partei die Möglichkeit der weiteren Existenz verloren haben.

Wir bedauern auf das Tiefste, den Raum des „Volk- strom“ für die Wiedergabe von Angriffen, wie sie der Ge- nosse Harpuder in der „Volkstimme“ erhebt, und zur Abwehr eines solchen Vorgehens innerhalb der Partei benutzen zu müssen. Aber es geht nicht anders.

Sollte das Vorgehen des Genossen Harpuder innerhalb der badischen Partei Schule machen, dann — wir sind leider ge- nötigt, das zu sagen — a d e Einigkeit und Geschlos- senheit in der badischen Sozialdemokratie!

Der fraktionsvorstand

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat am Dienstag, den 15. November, den neuen Fraktionsvorstand gewählt. Einstim- mig wurden bestimmt:

- 1. Vorsitzender: Hbn. Rüdert,
2. Vorsitzender: Hbn. Mackloff,
3. Vorsitzender: Hbn. Graf, zugleich Kassier.
Schriftführer: Heid.
Genosse Reinhold hat auf eine Wiederwahl als 2. Vorsitzen- der verzichtet.

Stimmt gegen das Konkordat!

Die Auflösung der Parteikassen in Oberbaden in der Konkordatsfrage spiegelt sich in dem nachstehenden Artikel wider, der uns von Freiburg zugesandt wird.

Die Rebatkion.

Wie aus der Presse bekannt, hat die sozialdemokratische Landtags- fraktion beschlossen, sich bei der Behandlung des Konkordats im badischen Landtag die Stimme zu enthalten. Die Fraktion hat in ihrem Beschlusse nicht, daß sie damit die Annahme des Konkordats ablehnen will, sondern begründet ihre Stellungnahme mit der bisher geübten neutralen Haltung in Kultusfragen.

Das Programm der Sozialdemokratie verlangt Trennung von Staat und Kirche und Trennung von Schule und Kirche. Öffentliche Mittel sollen für kirchliche und religiöse Zwecke nicht aufgewendet werden. Die Partei vertritt damit die Auffassung, daß die Kirche ihre Angelegenheiten im eigenen, gesetzlich garantierten Rahmen, selbst besorgen möge, ähnlich wie dies andere Körper- schaften und Vereinigungen auch machen.

Ein polemischer Exzeß

Ungeheuerliche Angriffe in der Mannheimer „Volkstimme“ gegen Rüdert

In der Dienstagsausgabe der Mannheimer „Volkstimme“ greift Genosse Harpuder den Genossen Rüdert u. a. wie folgt an:

„Vom Konkordat ist es ausgesprochen; aber es geht längst nicht mehr nur um das Konkordat: es geht um die Partei, um ihre Ein- heit und Geschlossenheit, um ihre Ehre und nicht zuletzt auch um das Vertrauen, das die Sozialdemokratie in einem jahrelangen Kampfe und unter schwersten Opfern sich bei den breiten Massen der deutschen Arbeiterklasse erworben und das sie sich trotz aller Vordrängungen der Gegenpartei zu erhalten verstanden hat.“

„Nun ist durch das Verhalten einzelner, ja im Grunde nur eines einzelnen, diese Einheit und Geschlossenheit der Sozialdemokratie, wenigstens in ihrem badischen Teile, gefährdet, ist die Ehre der Partei in Frage gestellt, ist das Vertrauen ihrer Anhänger, ihrer Wähler und Wählerinnen in das Wort unserer Partei erschüttert und der Versuch unternommen worden, die Gesamtpartei in ein unehrliches Spiel mit ihren Anhängern, in ein Schindluderstück mit ihrem ver- pfändeten Wort hineinzudrängen.“

Gegenüber einem solchen Unterfangen, dessen sich bisher niemand innerhalb der badischen Sozialdemokratie verheißt, das niemand überhaupt für möglich gehalten hätte, haben alle Stimmen freier- her Verbundenheit, alle Stimmen auch langjähriger Kampfgemein- schaft, haben auch persönliche Rücksichten, die man bis in die letzten Stunden hinein zu wahren sich bemüht hat, zu schweigen: nun geht das Interesse an der Partei über das Interesse an der Person, nun muß auch in dieser persönlichen Hinsicht Reaktur geredet werden.“

„Gatte man nach dem Beschlusse vom 24. Oktober vermeint und ver- meinen müssen, daß damit die Konkordatsfrage endgültig im Sinne der Partei erledigt sein würde, so hat sich schon am Tage nach der Reichstagswahl gezeigt, daß der Genosse Rüdert als Staatsrat und Stellvertreter Innenminister und zugleich als Erster Vorsitzen- der der Fraktion gewonnen war, in der Fraktion einen neuen Um- fall zu erzwingen und so die Partei vor der gesamten Öffentlich- keit meineidig zu machen.“

Wir haben in einem persönlichen Schreiben an den Genossen Rüdert diesem noch einmal in aller Deutlichkeit und Schärfe das

Gegen Unklarheit und Inkonsequenz

Urteil der Freiburger „Volkswacht“

Unser Parteiorgan in Freiburg, die „Volkswacht“, hat sich bisher in den Auseinandersetzungen innerhalb der badischen Sozialdemokratie größte Zurückhaltung anerkannt. Wir haben darauf schon hingewiesen. Nachdem aber der Landesvorstand durch seinen in unserer Parteileben ganz ungewöhnlichen Vorstoß gegen die Landtagsfraktion die gesamte badische Partei geradezu alarmiert hat, tritt auch die „Volkswacht“ aus ihrer Zurückhaltung heraus. Wir zitieren aus dem Beschlusse vom 24. Oktober hin und kri- tisiert, gleich uns, die Erklärung des Landesvor- standes, die im ganzen Lande Lesens Feuer ge-ossen hat.

„Freilich muß gesagt werden, daß die Ausgangspunkte des Kon- flikts kein Ruhmeshalt bilden für die badische Sozialdemokratie. Das gilt von den Beschlüssen und Erklärungen des Parteiaus- schusses, der Landtagsfraktion und des Landesvorstandes. Parteiaus- schuss und Landtagsfraktion haben bekanntlich am 24. Oktober fol- genden Beschlusse gefaßt:

„Parteiausschuss und Landtagsfraktion haben nach sorgfältiger Prüfung der politischen Situation beschlossen, den von der Re- gierung in Aussicht genommenen Konkordaten die Zustimmung zu verweigern.“

Den Antragstellern kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie ihre Absicht, die Fraktion zu einer Ablehnung zu veranlassen (eine Ablehnung war zweifellos das Leitmotiv des Antrages) nicht in ganz klarer Form zum Ausdruck brachten.

So wie der Antrag formuliert und angenommen wurde, konnte die Landtagsfraktion annehmen, daß ihre die Hand- lingsfreiheit zwischen Reichstag und Stimmenthaltung verbleiben solle.

Juristisch läßt sich jedenfalls eine Auslegung, wie sie nun die Land- tagsfraktion in ihrer Erklärung rechtfertigt. Sie betont aus- drücklich, daß sie ihren Beschlusse, sich bei der Abstimmung über das Konkordat der Stimme zu enthalten, durchaus in Einklang finde mit dem Beschlusse vom 24. Oktober. Richtig ist zweifellos, daß die große Mehrheit der Parteigenossen im Lande aus dem Beschlusse vom 24. Oktober die Absicht ableitete, die Fraktion werde gegen das Konkordat stimmen. Es drängt sich aber die Vermutung auf, daß den Antragstellern im Parteiaus- schuss der Mut zur letzten Konsequenz gefehlt und sie deshalb eine denkbare Formulierung gewählt haben.

Jetzt fährt der Landesvorstand mit dem schmerzten Geschlisse auf gegen die Landtagsfraktion. Er gibt zwar selbst zu, daß die letzte

Unmäßige und Gefährliche seines Vorhabens vor Augen gefülht, wir haben ihn nochmals — als Parteigenosse zum Parteigenossen — im Hinblick auf die bevorstehende Fraktionslösung vom vorigen Freitag gebeten, „von sich aus nichts zu tun, was die Fraktion in einem solch verhängnisvollen Schritt verleiten könnte“ und wir haben hinzugefügt, daß, „wenn es keinen anderen Ausweg“ mehr geben sollte, „was wir bedauern würden“, wir ihn, Rüdert, bitten, jetzt „der Partei den einzigen Dienst zu erweisen“, den er ihr „in dieser Lage noch erweisen könnte“: nämlich von seinen Ämtern als Staatsrat und Fraktionsvorsitzender zurückzutreten und der Frak- tion so wieder den Weg ins Freie zu eröffnen.“

Es folgte der Beschlusse des Landesvorstandes vom Sonntag, der an Klarheit und Eindeutigkeit wohl auch für niemanden etwas zu wünschen übrig ließ und der nachher auch dem Gen. Rüdert die Partei leitend von ihm verlangte.

„Mit Rücksicht auf die Klarheit dieses Beschlusses haben wir un- serieus geteilt darauf verzichtet, nun auch in der Öffentlichkeit deutlicher zu werden, weil wir annehmen, daß Gen. Rüdert wenig- stens jetzt wissen werde, was er zu tun hat. Statt dessen die Parte- Verhältnisse, die doppeldeutige Blindheit für die wirkliche Lage und der Versuch, die Dinge noch weiter auf die Spitze zu treiben: wie sie aus seiner neuen, am Kern der Dinge vorbeiziehenden und, wie Gen. Reinhold feststellt, auch einmündigen Erklärung selbst zu- treten.“

„Da bleibt nichts übrig, als nun auch öffentlich und in desto höherer Form zu tun, was man schon privat und in konstanter Wei- se getan hat; nämlich auszusprechen: daß es nun genug des traurigen Spiels ist, das sich Genosse Rüdert in schwerer Stunde mit der Einheit und Geschlossenheit, mit der Ehre der Partei und dem Vertrauen zu ihrem Wort zu treiben nicht scheut.“

„Es ist genug und übermüde des Schabens vor ihm angedreht. Es ist höchste Zeit, daß er sich auf seine erste und vorübergehende Blind- heit als Parteigenosse zurückbezieht und die Partei und die Fraktion von der nicht länger tragbaren Belastung mit seiner Person als Kabinettsmitglied und Fraktionsführer befreit und zurücktritt. Es ist dies in der Tat der „einzige Dienst“, den er ihr erweisen kann in der Lage, in die er sie hineinmanövriert hat.“

Entscheidung durch Reichsparteitagsbeschlusse, was selbstverständlich ist, bei der Landtagsfraktion liegt, beschlisse sie aber der partei- schädigenden Einstellung, ein Vergehen, das durch das partei- statut (§ 28) mit Ausschluß aus der Partei bedroht ist. Er betont ferner, daß die Haltung der Fraktion nicht dem Willen der abso- luten Mehrheit der badischen Parteimitglieder entspreche und schließt für die volle Verantwortung zu. Daß die Fraktion diese Verantwortung zu übernehmen bereit ist, geht aus ihrer Gegent- erklärung hervor.

Gerichtsweise wird man sich in die Lage der Landtags- fraktion hineinbegeben müssen. Ihre Führer haben jahre- lang in positiver Sinne an der Ausarbeitung eines Kon- cordatsentwurfs mitgearbeitet. Die Fraktion hat, wie von einzelnen Mitgliedern auch in unserer Presse wiederholt dargelegt wurde, erreicht, daß zwar der tatsächlich be- stehende Zustand vertraglich sanktioniert, aber die weiter- gehenden Ansprüche der Kirchen nicht berücksichtigt werden. Es wäre Aufgabe des Landesvorstandes gewesen, von allem Anfang an der Fraktion seinen Willen unabweislich klar zu machen, das Konkordat abzulehnen. Es gibt auch für unsere Landtagsfraktion ein Gesetz von Treu und Glauben, dessen Verletzung ihr nicht zum Vorwurfe ge- macht werden darf. Schließlich haben auch die Wähler keine Schemelmänner in den Landtag entsandt, sondern Männer und Frauen, die das Vertrauen haben, im Land- tag nach bestem Wissen und Gewissen für die Sozialdemo- kratie tätig zu sein.“

Noch ein Wort an die Kritiker der Landtagsfraktion. An sich ist die Kritik an der Haltung der Fraktion durchaus nicht zu ver- weiden. Kritik kann auch unteren Volksobertritten aus emittiert sein, denn sie erfahren so die Stimmung des Volkes und ihre Weis- herheit. Nur sollten die Kritiker an der Haltung der Fraktion von der Konkordatsfrage auch in ihrem privaten Leben. Es ist eine Folge sein. Unter denen, die sehr heftig Kritik üben, ist ein hoher Prozentsatz, der zwar sehr grundlos auftritt, wenn es sich um kirchen- und schulpolitische Fragen allgemeiner Art handelt, aber im privaten Leben aus beruflichen, gesellschaftlichen oder anderen Gründen recht eifrig die Macht der Kirchen stützen hilft. In deren Kreisen ertricht und wie ein braves Kirchenmitglied den Grabe von der Kirche betraut wird. Diese Kritiker sollten, wenn ihnen der Machtbereich der Kirchen so groß ist, zunächst an ihre eigene Brust klopfen und sich dessen bemußt bleiben, daß gerade zu den Stützen dieser Macht gehören.“

Wozu der Staat noch Geld hat

Uns Freidenkerkreise wird uns zur Konkordatsfrage u. a. geschrieben:

Der Wunsch eines Konkordats in Baden steht unmittelbar bevor. Der Kirche werden ihre Wünsche erfüllt werden, auch wenn die Not des Staates noch so groß ist, — ohne Rücksicht auf unsere schrecklichen Finanzverhältnisse, ohne Rücksicht auf den schwindlichen Geldbeutel — des Staates und der Steuerzahler des Landes.

Am gleich ganze Arbeit zu machen, wird der Vertrag für die evangelische Kirche — mitabgeschlossen. Die Interessenten der katholischen Fakultät sind mit diesem Vorgehen um so leichter einverstanden, weil sie wissen, daß damit die absolute Sicherheit für die Annahme im Plenum des badischen Land- tags zum Vornherein schon vorhanden ist.

Die evangelische Kirche, die ihre Interessenvertretung in der Hauptache in der Deutschnationalen Volkspartei sieht, ist selbstverständlich auch mit dieser Lösung einverstanden. Die Verantwortlichen werden sagen, daß Kräfte und Werten hafter zu machen, um es ganz deutlich zu sagen, wir halten den Beschlusse der Konkordats in den genannten Ländern für ein öffentliches Verbrechen der Steuerzahler für private Zwecke der Kirche zu verbinden.

Für uns Sozialisten bedeutet der Wunsch des Konkordats nicht nur eine unerträgliche Belastung des Staatshaushaltens

auf Kosten der Allgemeinheit, die in der jetzigen Notzeit geradezu aufreizend wirken muß, sie ist für uns auch eine brennende politische und kulturelle Frage von weittragender Bedeutung, die nicht nur für den badischen Staat, sondern auch für uns als Staatsbürger für unsere Kinder und Kindeskindesten schwerwiegende Folgen nach sich zieht.

Wir fragen in aller Offenheit, wer will die Kritik der kommenden Generation leichtfertig auf sich laden — für eine Sache — die uns jährlich einige Millionen kostet, und die uns auf Jahre hinaus finanzielle und kulturelle Bindungen auferlegt, und die dem Staat aber auch nicht den geringsten Nutzen bringt?

Wir haben gar nichts dagegen, wenn die Kirchen ihre Beiträge mit ihren Mitgliedern und Anhängern abschließen. Der Staat, der hat zur Zeit wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als Millionen Subventionen an die Kirche zu verschütten.

Das Heer der Arbeitslosen und Fürsorgeempfänger in Stadt und Land verlangt gebieterisch Arbeit und Brot. Ein Winter mit Hunger und Schreden steht vor der Tür. Der Abschluß des in Aussicht genommenen Kontrahats ist ein Sieg der Kulturreaktion.

W. Ries.

Freistaat Baden

Besuch des Reichskanzlers in Karlsruhe

Reichskanzler von Papen wird in der Nacht zum Freitag in Karlsruhe eintreffen und im Hotel „Germania“ Wohnung nehmen. Am Samstag vormittag 10 Uhr wird im Staatsministerium eine Aussprache mit den Mitgliedern der badischen Regierung stattfinden, worauf sich der Reichskanzler sowie die badischen Minister und das Landtagspräsidium zur Einweihung der neuen Brücke um 12.15 Uhr nach Mannheim begeben werden.

Ob Herr von Papen wohl glaubt, durch seine „Ueberredungskunst“ die allgemeine Volksoption gegen die Politik der Barone zu beiseitigen? Er dürfte sich mit dieser Hoffnung sehr irren.

Subventionen für Rheinschiffahrt abgelehnt

Die Reichsregierung teilt mit: Im Laufe der öffentlichen Erörterungen zur Behebung der Notlage der Rheinschiffahrt ist auch der Gedanke aufgetaucht, finanzielle Hilfe des Reiches in Anspruch zu nehmen. In einem Rundschreiben des Reichsverkehrsministers an die Regierungen der Länder ist zur Unterrichtung der Rheinschiffahrt-Treibenden ausdrücklich darauf hingewiesen, daß angesichts der Finanzlage des Reiches auf eine Unterstützung der Rheinschiffahrt oder auch nur der Partikuliere durch Geldmittel des Reiches nicht gerechnet werden kann. Die Verringerung der Notlage auf dem Rhein muß auf dem Wege der Selbsthilfe geahndet werden.

Bedenkliche bayerische Verfassungspläne

München, 15. Nov. (S.P.) In Bayern ist man nach den Zusagen der Reichsregierung für die Rückkehr zum bundesstaatlichen Reich von 1871 entschlossen, mit den Nationalsozialisten eine Koalitionsregierung zu bilden. Für die Auslieferung des Kultusministeriums und des Justizministeriums an die Nazis soll deren Zustimmung zur Aenderung des § 92 der bayerischen Verfassung eingehandelt werden, der jede Aenderung der freistaatlichen Verfassung an die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags knüpft. Die bayerische Volkspartei hat schon wiederholt die Aenderung dieses Verfassungsparagrafen versucht, sogar mit Hilfe eines Volksreferendums, doch sind alle diese Versuche bisher gescheitert. Durch die Aenderung des genannten Verfassungsparagrafen soll der alte Plan der Einführung eines bayerischen Staatspräsidenten verwirklicht werden, für den kein anderer als der Kronprinz Rupprecht im Hintergrund steht.

Mißglückte Staatsaktionen gegen Dr. Klotz

Stuttgart, 12. Nov. (S.P.) Einen jämlichen Ausgang nahm eine mit großem Apparat aufgezogene Justizaktion gegen den Kapitänleutnant a. D. Dr. Helmut Klotz und einige Reichsbannerkameraden. Klotz hatte am 23. April ds. Js. in Herbrechtingen eine Versammlung abgehalten, der auch Nationalsozialisten beiwohnten. Am Schluß der Versammlung wurde die falsche Nachricht gemeldet, daß Otto Wels, der am Tage vorher in Köln von dem nationalsozialistischen Abg. Van überfallen und mißhandelt worden war, seinen Verletzungen erlegen sei. Darauf erhob sich die ganze Versammlung von ihren Sitzen bis auf vier an einem Tisch sitzende Nationalsozialisten. Darüber entstand natürlich große Erregung, es kam schließlich auch zu Tätlichkeiten und der Schluß war eine Auflage gegen Dr. Klotz, zwei Reichsbannermitglieder und einen Lehrer, der die Versammlung geleitet hatte. Die Unterdrückung zog sich lange hin, das Verfahren wurde sogar schon einmal eingestellt, dann aber wieder aufgenommen und jetzt hatte sich das Schöffengericht in Ulm wegen in Nebenkländer Verhandlung damit zu befassen. Dabei stellte sich heraus, daß die Verlesungen ihre in der Vorunterdrückung gemachten Aussagen größtenteils nicht aufrecht erhalten konnten. Das Ergebnis war, daß Dr. Klotz mit 50 Mark, ein Reichsbannermann mit 15 Mark gefristet, die beiden anderen Angeklagten aber freigesprochen wurden.

In dem Prozeß, der sich aus der bekannten Saalklocht in einer deutschdemokratischen Versammlung im Bürgermuseum in Stuttgart ergab, war der Reichsbannermann Heemann vom Stuttgarter Schnellrichter zu 3 Monaten, in der Berufungsinstanz sogar zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Oberlandesgericht hat aber als Revisionsinstanz dieses Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer Stuttgart zurückverwiesen, die jetzt zu einem Freispruch kam und dadurch ein einem Unschuldigen ungelegtes Unrecht wieder gutmachte.

Reichsbaudarlehen für Eigenheime

Die Reichsregierung teilt mit: Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung ist, wie der Öffentlichkeit bereits bekannt ist, auch die Förderung des Eigenheimbaues vorgesehen. Die Reichsregierung will mit dieser Aktion den gesunden Zug zum Eigenheim vorwärts treiben. Durch die Bereitstellung von Reichsbaudarlehen soll den Bauwilligen der Spitzenbeitrag aufgelöst werden, der ihnen für die Finanzierung ihres Hauses vielfach fehlt; damit wird die Bauwirtschaft belebt und zugleich den im Sparsturm liegenden Kapitalien eine sichere Anlagemöglichkeit geschaffen. Die näheren Bestimmungen über die Förderung des Eigenheimbaues sind nunmehr erlassen und im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht worden.

Frankreichs Abrüstungsplan

Der Wortlaut ist veröffentlicht

Was veröffentlicht nunmehr einen amtlichen Auszug des französischen Abrüstungsprogramms.

Frankreich schließt u. a. vor, eine Gesamtlösung ins Auge zu fassen, die man stufenweise die Form einer militärischen Organisation sucht und verwirklicht die unter den gegebenen politischen und technischen Umständen, die für jede Gegebenen besonderen Charakter tragen, eine Antirüstpolitik erschweren würde. Nur auf diesem Wege alone Frankreich eine gerechte Lösung für die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung durch die allmähliche Angleichung der Militärstatuten an einen Verteidigungsstap und durch eine gleiche Beteiligung an den Kosten und Vorteilen der „gemeinsamen Aktion“, die im Völkerbundsstatut vorgesehen ist, finden zu können, wobei jeder Gedanke an eine Aufteilung überigens ausgeschlossen ist.

Die Mächte müßten insbesondere im Falle eines Verlustes gegen den Antirüstpakt ihre wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu dem Angreiferstaat abbrechen.

Alle vertraglich bestehenden Teile müßten dem allgemeinen Schiedsgericht beitreten. Falls einer der vertraglich bestehenden Teile sich weigern würde, sich den Methoden der friedlichen Regelung der Streitfälle zu beugen, könnte der andere vertraglich bestehende Teil den Völkerbundsstatut damit befehlen, der mit Stimmenmehrheit über die zu treffenden Maßnahmen zu beschließen hätte. Die vertraglich bestehenden Teile würden zur Durchführung dieser Entscheidung Hilfe leisten.

Die Seele der vertraglich bestehenden Teile, heißt es in dem Plan weiter, werden allmählich auf den einheitlichen Top eines nationalen Heeres mit kurzfristiger Dienstzeit

und beschränktem Effektivebestand gebracht. Um die Gleichheit in der Verteidigung zu gewährleisten, wird festgelegt, daß bei der Abschaffung der Effektivebestände gemäß Artikel 8 des Völkerbundsstatuts die besonderen Bedingungen eines jeden Staates berücksichtigt werden, u. namentlich, die Unausweichlichkeit und Verschwiegenheit der Rekrutierungsquellen. Ebenso werde die militärische Ausbildung berücksichtigt werden müssen, die den politischen Verbänden erteilt werde, ferner die Bedeutung der Polizei. Diese Nationalheere würden kein starkes mobiles Material besitzen.

Was die erste Hilfe angunsten eines vertraglich bestehenden Staates betrifft, so sehe man die Spezialisierung beschränkter Elemente vor (Luftwaffenkontingente, welche eine mehr oder weniger lange Dienstzeit absolvieren und mit Materialien ausgestattet sein würden, die den Nationalheeren verboten seien). Diese Elemente würden dem

Völkerbund zur Verfügung gestellt und würden bereit, beim ersten Appell in Tätigkeit zu treten. Weitere Bestimmungen betreffen die unter der Kontrolle des Völkerbundes in jedem Staate vorzunehmende Aufstellung von mobilen Kriegsmaterialien (das dem angegriffenen Staat zur Verfügung gestellt werden würde), also eines Materials, dessen Aufbewahrung durch das allgemeine Abkommen erlaubt, das aber den nationalen Streitkräften mit kurzfristiger Dienstzeit verboten sein würde; ferner die allmähliche Vereinheitlichung der Kriegsmaterialien, deren Herstellung kontrolliert würde und allmählich international organisiert werden würde. Ferner die Organisierung der kantonalen und regelmäßigen Kontrolle der Durchführung dieser Verpflichtungen zwischen den vertraglich bestehenden Teilen. Die Durchführung dieses Programms werde stufenweise vor sich gehen.

Besätzlich der Flottenreitkräfte

steht der Plan für den Fall, daß den Signatarmächten die Möglichkeit gegeben werden soll, bei Erhaltung des gegenwärtigen Relativitätskoeffizienten die Tonnage in möglichst weitem Ausmaß herabzusetzen, den Abschluß eines Mittelmeerpaktes unter den interessierten Staaten ins Auge, der ihnen ausreichenden Garantien für gegenseitigen Beistand geben würde.

Besätzlich der Rüstungen zur Luft schlägt die französische Delegation den Abschluß eines Abkommens zwischen allen über Flugzeuge verfügenden europäischen Staaten vor zwecks Schaffung der „europäischen Lufttransport-Union“.

Ebenso tritt es für die Schaffung — wenigstens in Europa — einer internationalen Luftstreitmacht ein, deren Personal aus Freiwilligen der verschiedenen Nationalitäten nach einem noch zu bestimmenden Kontingenzierungsplan rekrutiert werden würde.

Deutschland und Frankreichs Plan

In einer am 14. Nov. im Reichsausschuss für die deutsche Auslieferung im Cont-Bureau wird zum französischen Abrüstungsplan u. a. erklärt:

„Die politische Hegemonie, gegründet auf militärische Überlegenheit einzelner Staaten und Staatsgruppen, wird hier v e r e w i g t. Das französische Bündnisystem wird in Völkerbundsform sanktioniert, wobei das ganze System von demjenigen Staat als bequemestes Instrument behandelt werden kann, der sich mit seinen Trabanten im Völkerbundsstatut eine einfache Mehrheit zu schaffen vermag. Besonders charakteristisch für die französische Einstellung ist dabei die Einzelbestimmung über bestehende besondere Vereinbarungen, womit natürlich die Demilitarisierung des Rheinlandes gemeint ist, die mit allen sich daran knüpfenden militärischen Konsequenzen in Geltung bleiben soll.“

Die Vereinheitlichung oder Standardisierung der europäischen Heerestärken ist wohl der einzige gesunde Gedanke, den der französische Plan enthält. Deutscherseits besteht kein Grund, diesen Punkt und den damit verknüpften Vorschlag einer besondern Völkerbundsarmee abzulehnen.

Wollte man große Mittel der Vorkriegszeit an, das den Militärräumen zu entziehende schwere Material unter einer nominellen Völkerbundsstatute in den einzelnen Ländern selbst zu lagern und jedem Staat nach seinem Ermessen, falls er sich angegriffen sieht, wieder zur Verfügung zu stellen. Doch auch andere angegriffene Staaten auf dieses Material zurückgreifen können, ist unmöglich, da ja doch die Angehörigen einer Militärraum mit schwerer Artillerie, in der

sie nicht ausgebildet wurden, und mit Flugzeugen nichts anzufangen wüßten.“

Die Saarwahlen

Sozialdemokratischer Zuwachs

Saarbrücken, 14. Nov. (S.P.) Die Kommunalwahlen im Saargebiet brachten für die Sozialdemokratie einen Zuwachs von zehn Prozent gegenüber den Saar-Landesratswahlen vom März dieses Jahres. Auch die kommunistische Bandler-Opinion und die Deutsche bürgerliche Mitte (Wirtschaftspartei) konnten erheblichen Zuwachs buchen, während das Zentrum 11 Prozent, die linientreuen Kommunisten 10 Prozent, die Deutsch-Demokratische Partei 50 Prozent und die Christlichsozialen 20 Prozent verloren. Gleichzeitig fand in einer Reihe von Kreisen eine Verschiebung von der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen zu den Nationalsozialisten statt, die aber insgesamt nur ein Viertel der marxistischen Stimmen im Saargebiet erreichten. Dank der sozialistischen Wahlen in Saarbrücken und Innenpolitik erhielten die Saarbrücken-Sozialisten zum erstenmal je ein Mandat in sieben Orten des Saargebietes. Das ist zwar minimal gegenüber den preußischen Mandaten, aber es ist für die spätere gemeinde- und kreisweise Abstimmung des Saargebietes und deren Beurteilung durch den Völkerbundsstatut nicht bedeutungslos. Sondernfalls Herr v. Papen, der sich rühmt, der erste Reichskanzler aus dem Saargebiet zu sein, auf diesem Felde „Erfolge“ stößt sein.

Kongress entscheidet über Zahlungsausschub

Washington, 15. Nov. (Reuter.) Der republikanische Schatzamtssekretär Owen Mills, der nachfolgende Mellon, hat heute erklärt, die Gewährung eines Zahlungsausschubs an Frankreich und England für die am 15. Dezember fälligen Schuldentrafen sehr gering find. „In der Umgebung Hoover's und Roosevelt's — so heißt es in der Meldung — zweifelt man ernsthaft an der Möglichkeit, daß Amerika die französischen und englischen Vorschläge für den Zahlungsausschub annimmt. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß Hoover darauf eingehen wird, sobald als möglich Verhandlungen über die Herabsetzung der Schulden mit jedem einzelnen Schuldnerland eingeleitet. Im übrigen wäre für die Verlängerung des Moratoriums der Zusammentritt des Kongresses notwendig.“

Hierzu wird aus Paris weiter gemeldet: Der „Paris Mid“ meldet aus Washington, daß die Aussichten in bezug auf die Gewährung eines Zahlungsausschubs an Frankreich und England für die am 15. Dezember fälligen Schuldentrafen sehr gering find. „In der Umgebung Hoover's und Roosevelt's — so heißt es in der Meldung — zweifelt man ernsthaft an der Möglichkeit, daß Amerika die französischen und englischen Vorschläge für den Zahlungsausschub annimmt. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß Hoover darauf eingehen wird, sobald als möglich Verhandlungen über die Herabsetzung der Schulden mit jedem einzelnen Schuldnerland eingeleitet. Im übrigen wäre für die Verlängerung des Moratoriums der Zusammentritt des Kongresses notwendig.“

Wir haben keine Geheimnisse vor dem Raucher 1931 um diese Zeit war der Monatsumsatz 50 Millionen Stück. Heute setzen wir monatlich ca. 165 Millionen um, täglich also rund 5 1/2 Millionen OBERST Zigaretten. Man sieht: aussergewöhnliche Leistungen setzen sich durch.

OBERST die 3/4 Pf-Zigarette

Was meinen Sie, wieviele OBERST täglich geraucht werden?

3 1/3 OBERST Bei der nach teurer Marken Art sich Milde mit AROMA paart.

Landtagsbeginn

Wahl des Präsidiums, der Schriftführer und der Ausschüsse
Eingänge — Berichte des Landständischen Ausschusses

1. Sitzung

Karlsruhe, 15. Nov. 1932

Der letzte Sitzungsabschnitt des badischen Landtags hat begonnen! Nach seinem Abschluß wird der Wahlkampf beginnen, die 4 Jahre sind um! Die Eröffnung

der 4. Tagungsperiode

schah wie üblich. Schwarz-rot-goldene und rot-gelbe Fahnen, Gottesdienste mit Predigten, viel Publikum auf den Tribünen, das aus nahezu vollständig versammelt. Die Tagesordnung war nächsten, es handelte sich nur um die Formalien, vor allem um die Rekonstitutionierung des Hauses.

Wahl des Präsidiums

1. Vizepräsident Reinhold eröffnete gegen 11.15 Uhr die Sitzung. Dem Präsidenten wurde mit 67 Stimmen Abg. Duffner (Zent.) gewählt; auf Abg. Klausmann entfielen 5 Stimmen, weiß waren 4 Zettel, 1 Stimme entfiel auf Abg. Schneider, eine Anzahl Unbestimmte beteiligten sich nicht an der Wahl. Abg. Duffner nahm die Wahl an und übernahm sofort das Präsidium.
Dem 1. Vizepräsidenten wurden mit 67 Stimmen Abg. Reinhold (Soz.) gewählt, 13 Zettel waren leer. Abg. Böning erhielt 5 Stimmen, 1 Stimme entfiel auf Abg. Markloff. — Zum 2. Vizepräsidenten wurde mit 67 Stimmen Abg. Dr. Wald gewählt, zur Abschließung wählten die Kommunisten diesmal ihr fraktionsmitglied Beschler. — Die 6 Schriftführer wurden der Affirmation gewählt, es sind die seit bisherigen Abgeordneten: Fimann und Hilbert (Zent.), Frau Fischer (SPD.), Dr. Horn (D.Vp.), Fischer-Konstant (Zent.) und Bergsch (Ev. Volksd.).

Die Wahl zu den verschiedenen Ausschüssen erfolgte nach den Vorschlägen der einzelnen Fraktionen. Die Kommunisten beantragten, daß auch ihnen in den Ausschüssen Sitz und Stimme gewährt werde; Abg. Klausmann beantragte den Antrag. — Abg. Ewald (Ev. Volksd.) unterstützte den Antrag, enthält sich aber der Stimme. Eine gleiche platonische Erklärung gibt Abg. Dr. Schmittbener (D.N.) ab. Der Antrag wird abgelehnt.

Zur 1. Sitzung liegen wiederum eine große Anzahl Eingänge vor. Unter den Regierungsmitteln befinden sich u. a. die beiden Anträge. Weiter liegen bereits eine Reihe Anträge und förmliche Eingänge „aus der Mitte des Hauses“ vor, und schließlich nicht weniger wie bereits gegen 40 Eingänge.

Als letzter Punkt der Tagesordnung erfolgen einige Berichte des Landständischen Ausschusses des Landtags 1931/32 über die Rechnungen für das Rechnungsjahr 1931: a) der Amortisationskasse, b) des Domänenrundfiskus und c) der Wohnungsverwaltung und des Bürgerhaushalts. — Berichterstatter sind die Abg. Seibert und Solheim. Die Berichte wurden ohne Ausprache entgegengenommen. — Die nächste Sitzung wird vom Präsidenten festgesetzt.

Redakteur: Georg Schöppa. Verantwortlich: Volmt, Freilana, Baden, Volkswirtschaft, Gemeindefortschritt, Soziales, Revolution, Was aber sein. Die Welt der Frau, rege Nachrichten. S. D. u. S. u. M. Groß-Karlsruhe Gemeindepunkt, Durlach, aus Mittelbaden, Gerichtsamt Karlsruhe umgebung, Sozialistisches Jugend, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Musik: Josef G. H. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Gustav Krüger. Schlichter wohnt in Karlsruhe

Aus aller Welt

Krankenschwester folgt Patienten in den Tod

Stuttg., 15. Nov. Prof. Dr. Paul Ritter, der Mittdöner der deutschen Schulabspflanzung, war 71 Jahre alt, in der Nacht zum Sonntag nach einem langen Leiden gestorben. Die Krankenschwester Elise Berger, die ihn sechs Monate lang betreute, ist ihm wie die „B. Z.“ meldet, in den Tod gefolgt. Sie hat sich das Singelbein des Mannes, den sie ein halbes Jahr mit Aufopferung, aber vergebens pflegte, so zu Herzen genommen, daß sie sich in der darauffolgenden Nacht mit Leuchtgas vergiftete. Prof. Dr. Ritter gehörte zu den berühmtesten Zahnärzten.

Reichsbanner an Gerhart Hauptmann

Der Bundesvorstand des Reichsbanners hat Gerhart Hauptmann, „dem Dichter des schreienden Volkes, dem keckigen Vorkämpfer für Volkes Recht und Volkes Freiheit“ zu seinem 70. Geburtstag Glückwünsche übermittelt.

Juppelinsflughafen in Sevilla

Stuttg., 15. Nov. Zwischen dem hiesigen Gemeinderat und dem Luftschiffbau Zeppelin wurde heute vormittag ein Abkommen über die Errichtung eines Flughafens abgeschlossen. Die Unterzeichner des Abkommens sind der Bürgermeister von Sevilla und Dr. Ekenzer.

Hungermarsch in Thüringen

Frankenb., 15. Nov. (Eig. Draht.) Aus Frankenb. wird gemeldet, daß dort Erwerbslose einen Hungermarsch veranstalteten und einen Bäcker- und Fleischerladen plünderten. Als Ursache wird angegeben, daß den Erwerbslosen keine Unterstützung ausbezahlt werden konnte. Verhandlungen mit dem Bürgermeister, dem Stadtrat und den Unterstützungsvereinen verliefen ergebnislos. Die thüringische Naziregierung schickte Heberaufkommando aus Hildburghausen nach Frankenb.

Ein „Erneuerer“ im Abtreibungsverfahren mit tödlichem Ausgang

Stuttg., 15. Nov. (SP.) Wieder ist ein „Erneuerer Deutschlands“, eine Säule des kommenden Dritten Reiches, nämlich vom Diebstahl seiner hohen moralischen Würde herabgestürzt. In der württembergischen Oberamtsstadt Waiblingen hatten die Nazis den Steinbruchbesitzer Hermann Weibrecht zu einem ihrer kommunistischen Führer erfordern und in den Stadtrat gewählt. Er ist 38 Jahre alt und ein Familienvater mit vier Kindern, unterhielt aber daneben ein Verhältnis mit einem unehelichen jungen Mädchen, das entgegen seinen Wünschen nicht ohne Folgen blieb. Da er dies mit der Wahrung seines kühnen Ansehens nicht für vereinbar hielt, so beschloß man, das Kind durch einen Eingriff zu beseitigen, worauf bestänzlich nach dem Programm seiner Partei Todesstrafe steht. Nach zahlreichen Versuchen mit untauglichen Mitteln schickte das Unternehmen schließlich zu wollen. Da aber trat durch eine kleine Verletzung ein Infektion mit eitriger Bauchfellentzündung ein, der das Mädchen nach zehn Tagen erlag. Nun hand der „Heb-

dieses Dramas vor dem Stuttgarter Schöffengericht und wurde von diesem, da er den Eingriff nicht bestritt und drei Verle die Tod als Folge der verbotenen und ungeschickt ausgeführten Manipulation bezeichneten, wegen fahrlässiger Tötung, begangen durch ein Abtreibungsverfahren, zu der überaus milden Strafe von 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Naziführer üben Brandstiftung wegen Versicherungsgelder

In der Pfalz ist schon zweimal innerhalb kurzer Zeit ein Naziführer als Brandstifter und Versicherungsbetrüger entlarvt worden. Hier stehen die Nazipartei und ihre Propagandamethoden am Pranger. Im ersten Falle ist es ein

Gastwirt und SA-Führer, der sein eigenes großes Anwesen eingeküchert

hatte. Selbstverständlich hatten es die „Roten“ aus „politischer Rache“ getan. Die Kasogalestung der Pfalz erzielte die entsprechenden Aufrufe und ließ Kommunisten airtulieren für den Geschädigten. Heute sitzt er aufammen mit seinem Schwager, einem SA-Architekten, wegen Brandstiftung in Haft.

Am Tage vor der letzten Reichstagswahl wiederholte sich in der Pfalz das gleiche Spiel. Diesmal war es der Tabakwarengroßhändler und Nazileiter Jung aus Wittweiler, der sein gesamtes Anwesen, nachdem er es hoch versichert hatte, in Flammen aufgehen ließ. Wiederum Flugblätter, in denen Sozialdemokraten und Kommunisten des roten Brandstifters beschuldigt wurden. Der Staatsanwalt ließ sich glücklicherweise nicht bluffen. Heute ist

Jung der Brandstiftung überführt

und erwartet im Untersuchungsgefängnis seine Aburteilung durch das Schwurgericht.

Hausmusik

Die „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsverbände zur Förderung der Musikpflege“ veranstaltet, so teilt man uns mit, einen Tag der deutschen Hausmusik, für den der 22. November vorgesehen ist. Der Deutschlandender wird voraussichtlich am Nachmittag eine Sendung unter dem Stichwort „Der Musikdilettant am Mikrophon“ veranstalten, mit vorwiegend pädagogischem Charakter, und am Abend werden dann einige Vorträge von im musikalischen Leben stehenden namhaften Persönlichkeiten folgen, die das Gebiet der Hausmusik von den verschiedenen Seiten her beleuchten. Schließlich wird unter Mitwirkung namhafter Künstler wertvolle deutsche Hausmusik zum Vortrag gelangen. Diese Veranstaltung durch den Rundfunk soll am gleichen Tage durch eine große Zahl örtlicher Veranstaltungen in allen Teilen des Reiches unterstützt werden.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungsstellen. 14. Nov.: Josef Heß, Schlosser, ledig, alt 66 Jahre, Beerdigung am 17. Nov., 14.30 Uhr. — 15. November: Eduard Strang, Obergerichtsschreiber a. D., Chemann, alt 63 Jahre, Beerdigung am 17. Nov., 13.30 Uhr. Wilhelmine Weibel, alt 64 Jahre, Witwe von Ernst Weibel, Red.-Direktor, Beerdigung am 17. Nov., 14 Uhr. Anneliese, alt 3 Jahre, Vater Karl Rehmann, Maurer (Wilsbergingen).

Handarbeiten als Weihnachtsgeschenk

S 3786 Ovale Decke mit Lochstickerei und Langnettenabschluß 39:72 cm groß, auch weiß oder farbig im Plattsch zu arbeiten. Bazar-Aufplättmuster SM 3786, Preis 50 Pfennig

S 3787 Das Kissen aus feinem weißem Halbleinen oder Nessel hat ungefähr 55 cm Höhe, 65 cm Breite. Stickerei von geteiltm Heidenröwist. Aufplättmuster SM 2873, Preis 50 Pf.

S 3993, S 3994 Mundtücher aus Nessel oder Halbleinen mit leichter Stickerei von glänzendem buntem Twist. Bazar-Aufplättmuster SA 3993 (Hund und Küken), SA 3994, je 13 Pf.

S 3888 Dreiteiliger Wärmer aus hellfarbigem Leinen oder Nessel mit bunter Stickerei 32 cm hoch, unten 75 cm weit. Bazar-Aufplättmuster SM 3888 für 50 Pfennig erhältlich

S 3900 Taschentücher aus Batistleinen etwa 20 cm groß mit gehäkeltm Spitzenabschluß von feinem Garn. Spitzchen ungefähr 1 1/2-2 1/2 cm breit, in Querrichtung gearbeitet und dem umhäkeltm Taschentuchrand gegenüber, nur das mittlere Spitzchen ist in der Runde um den Stoffrand gehäkelt. Beschreibung für 7 Spitzchen SJ 3900, Preis 23 Pf.

Alle Materialien für Handarbeiten bei **SCHNEYER** Karlsruhe, Durlach, Mühlburg

Partei-Nachrichten

Hermann Müller-Lichtenberg †

Der führende Mann der internationalen sozialpolitischen Arbeit der revisionierten deutschen Arbeiterbewegung, ist plötzlich verstorben. Das Herz konnte nicht mehr — das Herz, das ein hartes und an Kämpfen reiches Leben lang für die große Sache der Arbeiter schlug. Von den Sieben ging in den Tod. Die vorige Woche erst kam Müller von Madrid zurück, wo er an der Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes teilgenommen hat. Die Heimat hat er noch erreicht. Beinahe hätte ihn der Tod auf der Fahrt in fremdem Land gepackt — den Unermüdlichen, den Kämpfer, der in aufreibender Arbeit im Dienst der Arbeiterbewegung vielleicht sein halbes Leben auf der Eisenbahn verbrachte. Trauernd vernimmt die freie Arbeiterbewegung die Kunde vom Tod dieses feinen, schlichten, wackeren Mannes, dessen Hingang ein schmerzlicher Verlust für die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft Deutschlands wie für die internationale Arbeiterbewegung bedeutet.

Hermann Müller kam aus Werden in Sachsen, wo er im Februar 1868 geboren wurde. Er war von Beruf Lithograph. 1898 wurde er Redakteur am Bochumer Parteiblatt, zwei Jahre später ging er in das Arbeitersekretariat Bremen, wo damals noch Friedrich Ebert tätig war. Im Jahre 1905 wurde er in das Zentralarbeitssekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften berufen, wo er vor allem in sozialpolitischen Fragen die Forderungen der Arbeiterschaft zu vertreten hatte. Von 1907 bis 1919 gehörte er dem Hauptvorstand der Lithographen an, 1917 wurde er Stadtrat in Berlin-Nichtenberg. Seit 1924 war Müller stellvertretender Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er war Mitglied des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes wie des Wirtschaftsrates des Räterebundes. Der Nationalversammlung von Weimar und dem Reichstag von 1928 bis 1932 gehörte er als Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion an.

Die internationale Sozialpolitik war das Gebiet, auf dem Müller im Laufe der letzten 10 Jahre vor allem vorbildlich und erfolgreich von Deutschland wie von Genf aus gewirkt hat. Seit 1923 war er Führer der deutschen Arbeitergruppe in der Internationalen Arbeiterorganisation. Ebenso war er fast ein Jahrzehnt Mitglied des Verwaltungsrates der I.A.Z. In unermüdlicher Arbeit hat er in Genf für den Ausbau des kollektiven Arbeitsschutz in der internationalen Sozialpolitik Pforten geöffnet.

Gewerkschaftliches

Nationalsozialistische Revolutionsromantik und die „Pöffe“ von 1848

Die Tatsache, daß es der NSDAP, trotz aller Anstrengungen bis heute nicht gelungen ist, weder in die marxistisch-politische noch in die freie Gewerkschaftsfront erfolgreich einzudringen, wird selbst von den Führern der neuen „Freiheitsbewegung“ anerkannt. Es ist deshalb begreiflich, daß die Nationalsozialisten diesen Damm, welcher der weiteren Ausbreitung ihrer Seilschleife und damit ihrem Siege entgegensteht, nun mit vermehrter Wut berennen.

Diesem Zweck dient auch ein Traktatchen „Nationalsozialismus und freie Gewerkschaften“. Mit der den Nationalsozialisten „aristokratischen“ Fälschung werden in dieser Broschüre eine Reihe von geschichtlichen Voraussetzungen aus der Zeit der Gewerkschaftsgründungen u. a. förmlich auf den Kopf gestellt, um für die Nationalsozialistische „Freiheitsbewegung“ Kapital daraus zu schlagen. Die Anhänger der NSDAP, die wenigstens geistig-moralisch die Befreiung vom Kapitalismus erstreben, würden sich mit Abscheu von diesem Nachwort abwenden, könnten sie erkennen, in wieweit über Werte dabei auf ihre Unwissenheit und Naivität spekuliert wird. Dafür nur einige Beispiele:

Auf Seite 10 des erwähnten Traktates steht mit Bezug auf die deutsche Grönderszeit zu lesen: „Aber keinen Einflüchtigen blieben die geradezu entsetzlichen Erscheinungen und Wunden verborgen, die dieser industrielle Aufstieg dem sozialen Körper der Nation schlug. Die ganze ähnde und zerstörende Wirkung des Liberalismus begleitet uns auf dem Wege zur Vollindustrialisierung Deutschlands, eine Wirkung, die auch heute noch beinahe unvermindert anhält und erst durch den Sieg des Nationalismus endgültig ausgeremert werden kann.“

Es ist erstaunlich, wie hier zur Zurechtweisung der Anhänger in „vassereiner“ Fälschermanier Liberalismus gleich Kapitalismus gefeiert wird. Es ist nicht anzunehmen, daß es dem Verfasser Mueho an der notwendigen Kenntnis der Tatsache fehlt, daß der Libera-

Gontard über Bullerjahn

Jetzt kann sich der Herr Generaldirektor nicht mehr erinnern!

Im Bullerjahn-Prozess las am Montag die „unbenannte Vertrauensperson“ des ersten Urteils aus: Generaldirektor von Gontard, zur Zeit des Waffenbratters Leiter der Berlin-Karlsruher Industrierwerke. Wesentlich auf die Aussagen des Zeugen bin war Bullerjahn im Jahre 1925 wegen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Diesmal schänkte Generaldirektor von Gontard seine Aussagen sehr ein. Vor Beginn seiner Vernehmung wurde er — trotz des Widerpruchs der Verteidigung — verurteilt.

Nach der Urteilsbegründung des ersten Prozesses soll Generaldirektor von Gontard von englischen Mitgliedern der Internationalen Militärkommission die Schuld Bullerjahns mündlich bekräftigt erhalten haben. Jetzt sagte der Zeuge darüber aus: „Ich verkehrte immer sehr viel in ausländischen Kreisen, um mir ein eigenes Urteil zu bilden. Um die Mitglieder der I.M.K. hatte ich damals in Berlin eine ganze Clique gebildet, der die Offiziere selbst, ihre Angehörigen und ein großer Kreis von Zivilpersonen verschiedener Nationalität angehörten — dort verkehrte auch ich. Bei einer dieser Gelegenheiten wurde mir erzählt, der Angeklagte sei bei der englischen Kommission gewesen und hätte sich an Hand eines Vagenplans bereit erklärt, genaue Angaben über abetme Waffenlager in Wittenau zu machen. Die Engländer hätten ihn aber abgewiesen. Er sei dann zu der in demselben Hause untergebrachten französischen Kommission gegangen, die sein Angebot mit großem Eifer aufgenommen hätte. Der Angeklagte habe sich dann später wieder an die Engländer gewandt und sie gebeten, nichts zu verraten.“ Vorl.: „Haben Sie nichts darüber gehört, daß Bullerjahn von den Engländern Beraterlön angeboten wurde?“ Zeuge: „Nein.“ Vorl.: „Das haben Sie aber früher gesagt.“ Zeuge: „Dann muß ich das mit den Franzosen verwechselt haben.“

Generaldirektor von Gontard gibt dann an, daß er über Bullerjahn bis zu seiner Beurteilung nichts Nachteiliges weiter gehört

habe; er sei für ihn „einer von 1000 Unterbeamten“ gewesen. Der Zeuge bittet, zu bedenken, daß ihm nur etwa ein Zehntel von dem, was er über Bullerjahn ausgesagt habe, schon vor seiner Beurteilung bekannt gewesen sei. Die belakenden Mitteilungen über Bullerjahn habe anfangs nicht er, sondern Direktor Sellwig über sein Wissen an die Polizei weitergegeben. Vor allem erinnere sich auch nicht mehr, von wem er nun eigentlich die Mitteilung über Bullerjahns Verrat gehört habe. Der Verteidiger des Angeklagten verurteilt das Gedächtnis des Zeugen aufzufrischen; der von Gontard erwidert: „Bemühen Sie sich nicht, Herr Rechtsanwalt, es hat keinen Zweck.“ Verteidiger: „Können Sie denn nicht wenigstens angeben, bei welchen Mitteilungen Sie nur unfreiwillig Ohrenzeuge waren und welche Ihnen freiwillig gemacht wurden?“ Zeuge: „Ich kann es nicht auseinanderhalten.“ Vorl. Dr. Büttner: „Erinnern Sie sich nicht einer bestimmten Persönlichkeit?“ Zeuge: „Nicht einer einzigen.“ Der Verteidiger legt Herrn von Gontard eine Geschäftsordnung der Internationalen Militärkontrollkommission vor, um ihm nachzuweisen, daß alle Angelegenheiten der I.M.K. von den englischen und französischen Mitgliedern gemeinsam bearbeitet wurden; der Verteidiger fügt hinzu, daß man sich nicht von einer englischen Abteilung sprechen könne, an die Bullerjahn nach der Aussage des Zeugen zunächst gewandt habe. Daraufhin gibt Herr von Gontard an, daß er sich hier getrennt habe. (Lachen im Zuhörerraum; Rüge des Vorsitzenden). Verteidiger: „Waren Sie denn nicht erlaubt darüber, daß englische Offiziere über ihre Agenten in Gegenwart Fremder Mitteilungen machten?“ Zeuge von Gontard: „Ich hätte vielleicht erlaubt sein müssen, aber ich war es nicht.“

In der Nachmittagsitzung wurde Dr. Quandt, derjenige Vorsitzende des Ausschusses der Berlin-Karlsruher Industrierwerke über die Glaubwürdigkeit des Herrn von Gontard vernommen.

ismus in seiner reinen Form längst nicht mehr lebt, daß vielmehr an seine Stelle der organisierte Parteil- und Monopolkapitalismus getreten ist. Er muß deshalb auch wissen, daß das Grundübel nicht der Liberalismus als solcher, sondern die kapitalistische Wirtschaftsweise an sich ist, gleichviel ob sie liberalistisch oder monopolistisch ist. Wenn diese zerstörende Wirkung aber nicht nur beinahe unvermindert anhält, sondern sich sogar schärfer als je bemerkbar macht, dann ist dies, und das anzugeben hat der Verfasser vergessen, das ausschließliche Verdienst der Nationalsozialisten. Die NSDAP ist doch in Wahrheit nichts anderes, als das trojanische Pferd des 20. Jahrhunderts, in dessen Bauch die Parone und die feinen Herren in die Reiterungsgewalt der Republik hineingeschmuggelt worden sind.

Eine Seitenleistung der Demagogie stellt jedoch folgender Text dar:

„Die große französische Revolution von 1789, die der Welt Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit brachte, warf ihre Schatten auch auf das damalige Deutschland. Der reaktionäre Kampf im politischen Leben Preußens, der alle Reaktionen eines höheren Nationalgefühls brutal erstickte, schürte diese Revolutionsstimmung, vor allem unter den Gelehrten, außerordentlich. Paris verlor an mit der aufgehenden Sonne der Menschheit und es ist bezeichnend, daß diese Stadt zum wahren Refugium aller derartigen wurde, die die muffine unreife Atmosphäre in Deutschland haften. An der Tat war die Zeit der übelsten Reaktion, die jetzt vor der Gestalt Friedrich Ludwigs Jahn nicht halt machte, eines der unerträglichsten Kapitel unserer Geschichte. Die Folgen der Pöffe von 1848 setzten schließlich dafür, daß das ganze nationale politische Leben unerschütterlich wurde.“

Schon der Umstand, daß von „Schatten“ gesprochen wird, welche die französische Revolution auf das damalige Deutschland herübergeworfen habe, ist für die feindreaktionäre „Geistes“-haltung des Verfassers und seiner Hintermänner bezeichnend. Wenn aber angesichts der Verantwortung der Nationalsozialisten für die heute in Deutschland herrschende offene Reaktion vom „reaktionären Kampf im politischen Leben Preußens“ gesprochen wird, dann muß ein solches Gebahren schließlich als ein Schulbeispiel der politischen Demagogie bezeichnet werden. Wer anders hat denn die Kräfte der preussischen Reaktion des vorigen Jahrhunderts wieder zum Vorschein erweckt und in den Sattel gehoben, wenn nicht die NSDAP? Die Verantwortung für diese „befreiende Tat“ wird ihr weder vor der Geschichte noch vor dem erwachenden deutschen Volke jemand abnehmen können oder tun wollen.

Da es nun einmal zu den Geflossenheiten der NSDAP gehört, neben allen geschichtlich trennenden bedeutungsvollen periodischen Persönlichkeiten für sich zu reklamieren, ist es nicht weiter verwunder-

lich, daß sie auch den Turnvater Jahn für sich in Anspruch nehmen. Der Umstand, daß Jahn von 1819—1825 als „Demagoge“ (Freiheitskämpfer) inhaftiert und daß er Mitglied der Nationalversammlung von 1848 war, führt bei dieser eigenartigen an wie bei der Tatsache, daß Jahn als Turnvater ausschließlich ein Ergebnis getragen war, daß ein gefundener Körper aus einem fundern Geist in sich betonen könne. Welches ist ihm aber die Auszeichnung für die Erziehung von wahren und wirklichen Freiheitskämpfern seiner Zeit zu sein. An alles andere aber hat Jahn wohl gedacht, als an die „Erziehung“ von braunen Werdbanden deren vornehmliche Kampfmethode (mit weißen Mäulern, Schwärzen, Handgranaten usw.) mit Geist wahrhaftig nichts zu tun haben.

Nun aber gar die Freiheitsbewegung von 1848 als eine „Pöffe“ zu bezeichnen, steht den Nationalsozialisten, deren politisches Verhalten einer permanenten Zirkusvorstellung gleichkommt, nicht sehr wohl an. Sie wollten ihrer selbst und wissen nicht mehr, gerade sie führen sich in erheblichem Maße auf jenen Teil des 1848er Artums, an dessen Verfall der Freiheitsverlust von 1848 gescheitert ist. Ingegnen, daß weiten Kreisen des Bürgertums damals ebenso wie heute die zeitliche Unfreiheit (um nicht zu sehr Beschränktheit) zur zweiten Natur geworden war; sunachen auch das demagogische der damalige Veruch das Joch der herriehenden Despotie, die jede freiheitliche Regung brutal unterdrückte, abzuschütteln, in kleinbürgerliche Ideologie Reden blieb schließlich an der inneren Unwahrhaftigkeit und Unfreiheit dieser bürgerlichen Klasse scheiterte; den Wert des Freiheitsstrebens der Führer jener Tage verma dies jedoch nicht im geringsten zu vermindern.

Das Kleinbürgertum von heute, das sich, wie seine Jugendzeit seit der NSDAP, bemitt nicht nach Freiheit, sondern nach Diktatur und Knechtung lehnt, hat eben deshalb sehr wenig Ursache, die Hinblick auf die Freiheitsbewegung von 1848 von einer Pöffe zu reden.

Die graphischen Hilfsarbeiter

haben den ihnen ausgemessenen Lohnabbau wenigstens zu einem Teil wieder rückgängig machen können. Der letzterzeit in Frankfurt a. M. gefällte Spruch hatte das Verhältnis ihres Lohnes zum dem der Buchdrucker empfindlich verschlechtert. Bei den jüngsten Tage durch die Kündigung der Arbeiter notwendig gewordenen neuen Verhandlungen kam es zu einem Schiedsspruch, der den Lohn um 1 Mark pro Woche wieder erhöhte. Ein Teil des Lohnabbaus wurde also wieder zurückgeholt.

Nur etwa 10 bis 12 Pfennige kostet Sie im Durchschnitt **die Kilowattstunde für Beleuchtungs-, Kraft- und Heizzwecke** wenn Sie nach dem Badentarif auch elektrisch kochen. Ueberzeugen Sie sich!

Lest Bücher damit schult ihr den Verstand! **TASCHO Schnellwaagenfabrik G.m.H.** Karlsruhe in Baden älteste deutsche Neigungswaagenfabrik liefert Schnellwaagen aller Art für Kleinhandel, Lager- u. Fabrikbetriebe

Wollwaren Enorm billig! **Damen-Pullover** reine Wolle, mod. restr. Kragengarn 3.95 **Damen-Pullover** reine Wolle, hübsche Farbstellungen, hoch verarbeitet 4.90 **Damen-Pullover** reine Wolle, modisch restr. 5.50 **Damen-Pullover** reine Wolle, mit Puffärmel, neuartige Garnitur 6.75 **Golf-Jacken** reine Wolle, mod. kurze Form 5.25 **Golf-Jacken** reine Wolle mit bunt gestr. Revers 6.50 **Spielwaren** **Albula-Bahn** neue Berg- und Talbahn 1.— **Stoffhund** groß, sitzend 0.95 **Man kauft gern bei** **KNOPF**

BESUCHT DAS **VOLKSHAUS** SCHÜTZENSTRASSE 16 **Moninger Bier** GUTE KÜCHE UND KELLER EIGENE SCHLACHTUNG ANGENEHMER AUFENTHALT

Milch das billigste und bekömmlichste Nahrungsmittel **Schuh-Zentrale Offenburg, Hauptstraße 38** In der kauft man gut und preiswert



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

16. November.

1681 Holländischer Maler Kuisdael. — 1848 Messenbauer ersch. (Wien). — 1890 Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften — 1897 Kulturhistoriker W. H. Riehl. — 1918 Gründung der Demokratischen Partei. — 1928 Panzerkreuzerdebatte im Reichstag (Sozialdemokratischer Antrag abgelehnt).

Karlsruher Fallchmünzer vor Gericht

Die Polizei berichtete vor einiger Zeit die Aushebung einer Fallchmünzerwerkstätte durch die Kriminalpolizei in Karlsruhe. Das sie damit einen guten Griff getan hat, bewies die gestrige Verhandlung vor der großen Strafkammer, wo hinter geschlossenen Türen gegen drei Angeklagte verhandelt wurde. Angeklagt war der 30jährige Metzger H. Weiß, der 25jährige Schlossermeister W. Feilerstein und der 31jährige Hilfsarbeiter R. Walter. Die drei wohnen in Karlsruhe-Mühlburg.

Der Angeklagte H. war seit Juli 1931 arbeitslos. Als er nun auch aussperrt wurde und sein Fahrrad verlieren mußte, bekam er es mit der Angst um seine Existenz zu tun. Er verkehrte damals mit einem gewissen E., der in Mühlburg eine Fahrradwerkstätte betrieb und in der, wie sich jetzt herausgestellt hat, gestohlene Fahrräder en gros umgearbeitet wurden. Er half dabei auch ein wenig mit. Dort trat er auch den Mitangeklagten Albert Weiß, Dieser Angeklagte list seit den letzten 10 Jahren fast ununterbrochen im Zuchthaus und Gefängnis. Er „arbeitete“ mit dem E. zusammen und hat in den letzten Monaten eine Anzahl von Fahrrädern gestohlen. Bis heute gibt er den Diebstahl von 40 Fahrrädern zu. Man vermutet allerdings, daß die Zahl der von Weiß gestohlenen Räder eine weit höhere ist.

Doch wird sich der Angeklagte wegen diesen Sachen noch einmal gelehrt vor dem Karlsruher Schöffengericht zu verantworten haben. In der Verlesung des E. erzählte er eines Tages dem H., wie er zu seinen Strafen kam. Er verschwieg dabei nicht, daß er auch wegen Fallchmünzerei bereits zweimal im Zuchthaus war. H., der sich sehr für die Herstellung interessierte, ließ sich von E. genau die notwendigen Formen beschreiben. W. gab H. auch einen deutlichen Anweisungsbogen. Eines Tages kam er mit Material an und vollführte vor den Augen des H. die Sache. Doch wurde damals von diesem Experiment kein Gebrauch gemacht. H. verschaffte sich nun das notwendige Material zu der Herstellung von Formen und stellte nach verschiedenen Versuchen eine Anzahl fünfmarkstücke her. Um jene Zeit kam sein Freund ein wandernder „Kunde“, zu ihm, dem er ein solches Geldstück gab, damit er es an den Mann bringe. In einem Kolonialwarengeschäft gab er es in Zahlung für ein paar Zigaretten und bekam es auch anstandslos abgenommen. Das zweite Geldstück wollte er in einer Wirtschaft abgeben, doch die Kellnerin erkannte das Fallstück und benachrichtigte die Polizei. So gelang es, daß der dritte Angeklagte, bevor er weiteren Schaden anrichten konnte, verhaftet wurde. Als der Hersteller von der Verhaftung des anderen hörte, ging er in dieselbe Wirtschaft, bestellte sich ein Glas Bier und wartete dort seine Verhaftung ab. So war es möglich, sofort bei den ersten Stunden die Täter zu ertappen und weiteren Schaden, der dadurch entstanden wäre, zu vermeiden.

Der Hersteller H. ist geständig. Er erklärt dem Gericht ausführlich, wie er bei der Arbeit vorgeht und gibt als Ursache seine Notlage an, die ihn zu diesem Schritt getrieben hat. Auch der Tüppelbruder, der die zwei Geldstücke in den Verkehr bringen wollte, erklärte aus wirtschaftlicher Notlage gehandelt zu haben. Lediglich der schwer Verurteilte W. bestreitet, daß er sich schuldig gemacht hat. Er meint, wenn er dem Angeklagten geholfen hätte, wie er die Formen herstellen soll, wären sie besser ausgefallen! Trotzdem ersuchte der Staatsanwalt auch ihn für schuldig und beantragte für alle Angeklagten Gefängnisstrafen. Das Gericht ging in seinem Urteil über die Anträge des Staatsanwaltes hinaus und verurteilte W. und H. zu einer Gefängnisstrafe von je 1 Jahr. Der Mitangeklagte R. erhielt für das in den Verkehr bringen der Geldstücke eine solche von 10 Monaten. 2 Monate der erklärten Untersuchungshaft gelten als verbüßt.

Fahrraddiebstähle sind an der Tagesordnung

Im Es vergeht fast kein Tag, ohne daß sich die Gerichte mit Fahrraddiebstählen zu befassen haben. Heute fanden wiederum zwei Fälle von Fahrraddiebstählen zur Beurteilung. Vor dem Schöffengericht hatten sich der 30 Jahre alte 1mal vorbestrafte Hilfsarbeiter Markus Müller und der 52 Jahre alte vorbestrafte Metzgermeister Anton Rind, wegen dieses zu einer Landshaftstrafe verurteilten Deliktes zu verantworten. Müller hatte am 1. August von einem Marktswagen in der Amalienstraße ein Herrenfahrrad entwendet und dieses am gleichen Tage an einen Mechaniker für 5,50 M. verkauft; als dieser von ihm eine schriftliche Erklärung verlangte, daß das Rad sein Eigentum wäre, stellte er eine solche Falscheinigung aus und unterschrieb sie mit dem Namen „Luis Mai“. Der Mitangeklagte Rind hat den Verkauf des Fahrrades vermittelt und sich dafür als Heberlohn 1,50 M. in bar und ein Päckchen Zigaretten geben lassen. Dem Mechaniker erzählten sie, sie hätten das Rad geschenkt bekommen. Das Schöffengericht verurteilte Müller zu vier Monaten Gefängnis wegen Diebstahls im Rückfall und Urkundenfälschung, Rind zu zwei Wochen Gefängnis wegen Heberlohn.

Ähnliche Dunkelgeschäfte mit Fahrrädern wurden vor dem Einzelrichter beim Amtsgericht verhandelt. Der 15mal vorbestrafte Mechaniker August Veit wegen Diebstahls zu verantworten. Gegen ihn wurde eine Gesamtschuldigkeitsstrafe von fünf Monaten ausgesprochen, auf die ein Monat Untersuchungshaft angerechnet wurde.

Noch gut abgelaufen

Gestern nachmittags ereignete sich auf der Durlacher Allee ein Unfall, der leicht böiote Folgen hätte haben können. Bei einem Umzug einer ärmlichen Familie lud diese ihr Hab und Gut auf einen der üblichen Kollonwagen und fuhr damit vom Schlachthof kommend, gegen das Durlacher Tor. Unweit der Georg-Friedrichstraße kam das vordere Rad des Wagens plötzlich auf einen Stein, riß dem Mann die Deichsel aus der Hand und kante gegen den Bordstein. Da der Wagen außerordentlich hoch und schwer beladen war, bekam er das Hebergewicht und stürzte um. Der Mann an der Deichsel wollte im letzten Augenblick nach seiner losgerissenen Deichsel springen und kam dabei unter den unflüchtigen Wagen zu liegen. Die dabei stehenden Leute ahnten schon ein großes Unglück, denn auf dem Boden waren allerlei schwere Gegenstände. Zum Erstaunen aller Umstehenden wurde der Mann kurze Zeit nachher von seinen Kollegen ohne jede Verletzung unter dem Wagen hervorgezogen. Aber der Sachschaden ist für die Familie ziemlich groß. Die armen

Zigeunerfiedlungen rund um Karlsruhe

Eine Zigeunerpolizeistelle in der Landeshauptstadt — fliegende Lager an der Stadtperipherie und im Umland

In einer Zeit, in der Millionen und aber Millionen deutscher Volksgenossen darben und um das tägliche Brot buchstäblich zu kämpfen gezwungen sind, erachtet man das Auftreten der Zigeuner in unseren heimlichen Gefilden als eine besonders unerwünschte Erscheinung. Nicht wohl zunächst, weil diese braunen Geleiten mit dem schwarzspuligen Haarhauf durchaus als Fremdlinge zu betrachten sind, vielmehr wegen ihrer Sitt- und Art, vor allem aber wegen ihres Bettelns und eifriger sonstiger Eigenheiten, ob deren wir sie als lästige Ausländer empfinden.

Nach einer letzten Zählung hat man allein in Baden mit über 1200 Zigeunern rund ein Drittel aller in deutschen Gauen vermerkten Zigeunern festgestellt. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Franzosen viel Zigeuner aus dem Elsaß nach Deutschland abgeschoben haben und daß — sehr zum Leidwesen unserer Bevölkerung — die Zigeuner in den nachbarlichen Grenzgebieten, also vor allem auf badischem und württembergischem Terrain, einen ihnen sehr zugunsten Ebdem gefunden haben.

Dieser Umstand allerdings trug dazu bei, daß man in Baden eine besondere Zigeunerpolizeistelle errichtete, deren Begründung am 1. Januar 1923 beim Landespolizeiamt in Karlsruhe erfolgte. Diese Stelle arbeitet mit der schon länger zuvor bestehenden Zigeunerzentrale in München eng zusammen und man kann behaupten, daß heute in Baden die Zigeunerkontrolle am besten von allen deutschen Staaten ausgebaut ist. In den letzten Jahren wurde auch ein sogenanntes „Zigeuner-Polizeiblatt“ eingeführt, das mitzuführen jeder Zigeuner polizeilich anhaben muß. Dieses Polizeiblatt bedeutet weder einen Ausweis, noch einen Berechtigungsschein, sondern es dient lediglich den Aufsehorganen der Polizei als Nachweis, daß der betreffende Zigeuner bei der Zigeunerpolizeistelle registriert ist. Dieses Polizeiblatt enthält zwar auch noch ein Lichtbild des Zigeuners, das aber kaum praktischen Wert besitzt, da bekanntlich die Zigeuner sich gegenstandslos außerordentlich abmeln. Infolgedessen ist man schon vor einiger Zeit dazu übergegangen, jedem Zigeuner einen Fingerabdruck zu nehmen, gegen welchen erichnungsgemäß alle Schliche nichts nützen. Ist der Zigeuner einmal attemmäßig vermerkt, so kann damit sein „anonomes“ Dasein als beendet betrachtet werden; vor allem ist es ihm danach nun nicht mehr möglich, Strafhandlungen zu begehen, ohne sofort erkannt zu werden. Neben sich die Straffälle, die natürlich peinlich registriert

werden, so verwickelt der Zigeuner seine Genehmigung zum Umherziehen und er riskiert, bei Wiederholung einer Straftat, über die Grenze abgehoben zu werden. Die Zigeunerpolizeistelle hat demnach auch eine bemerkenswerte Minderung der Zigeuner-Straffälle festgestellt.

Es dürfte wohl von Interesse sein, zu erfahren, daß auch unmittbar vor den Toren unserer Landeshauptstadt einige kleinere Zigeunerniederlassungen vorhanden sind. Das Besirksam gewährt der Zigeunerfamilien bestimmte, räumlich und zum Aufenthalt auf Zeit begrenzte Lagerstätten. Man weiß, daß die Zigeuner solche Lagerstätten an nahen Gewässern lieben, wo sie ihre Herde zur Schwemmen treiben können. Zigeuner-Siedlungsstätten gibt es am Nordrand der Hardtstraße und an dem Uferweg, der vom Rheinhafen nach Kniefingen führt. In der Gegend des Dammertoddes, unweit des Güterbahnhofes, nahe der Alb, konnte man in den letzten Jahren wiederholt auf kurze Zeit Zigeunerverlager beobachten. Weitere Zigeunerfiedlungsplätze trifft man da und dort im Umland, so in der Nähe von Marzell und unweit einigen Dörfern des oberen Oberrheins. Schließlich bestehen auch bei Göttingen und Berabauhen kleinere Zigeunerverlager.

Ein Teil der fahrenden braunen Geleiten wohnt übrigens während der Kriegszeit in der Schwannstraße in Karlsruhe nicht lange hielt es sie hier. Die Nachbarschaft verwehrte sich gegen den Antritt der Zigeuner in der Altstadt und ehe noch die Polizei sie zum Weiterziehen veranlaßte, erachtete sie der Wandertrieb. Die Zigeuner fühlen sich einmal nur wohl in ihren knarrenden Wohnwagen mit den kleinen Scheinwerfern, in den muffigen Aufenthaltsräumen bei stückiger Luft, in denen es in der Regel sehr schmutzig ist. Oft bauen diese Zigeunerfamilien in einem kleinen engen, kaum 5 Quadratmeter umfassenden Raum zu neun oder zehn Köpfen, darunter überwiegend Kinder. So abgehärtet die braune Geleite von der Kälte oder aus spantischem Lande ist, flieht er doch die Kälte des Gebirges, und wenn jetzt, im Winter, der erste Schneeflocken über die Berge wirbeln und der Frost sich zu verschärfen beginnt, dann kommen die Zigeuner in schwachen Wagen aus den verborgenen Schwarzwaldwäldern in die Ebene herunter und bald wird man sie wieder da und dort am Rande der Großstadt zu einem mehrmonatlichen Winteraufenthalt erblicken.

Leute, die sicher das Geld für einen Möbeldiebstahl nicht aufbringen konnten, sind durch diesen Unfall sicher schwer geschädigt worden.

Anfolge des Sturzes kamen Betten, Schränke, Herd und viele andere Haushaltungsgegenstände auf das Schienengleise der Straßenbahn zu liegen, so daß der Verkehr für einige Zeit lahmgelegt wurde. Durch das Eingreifen einiger hilfsbereiten Passagiere wurde jedoch das Schienengleise bald wieder frei und der Verkehr nahm seinen Fortgang.

Die Verunstaltung des Landschafts- und Ortsbildes durch Außenreklame

Ueber dieses Thema hielt Herr W. Müller in der Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe der „Deutschen Gewerachaft“ einen Lichtbildvortrag. Er führte an, daß der Wanderer, der in der Natur Ruhe und Erholung sucht, der glaubt, dem Großstadtdreieck entfliehen zu sein, in irgend einem stillen Tal, an einem einsamen Wäldchen sinnlose Reklame von allem Möglichen und Unmöglichen findet, deren er genug in der Stadt zu sehen bekommt. Redner führte ferner aus, daß die manchmal sinnlose Reklame, sei es in allzu großer Zusammenballung, durch Anbringen an Häusern, durch gewisse Plakatlosigkeit usw. eine Verunstaltung der Landschaft hervorruft, die den Wanderer ein gewisses Unbehagen empfinden läßt. Die Anbringung der Reklameschilder an Bäumen verstößt gegen den Naturgenuß. Der Naturgenuß soll aber gleichwertig sein dem Gesundheitsgenuß und Arbeitergenuß. Es ist aber auch eine Unzulänglichkeit der Gesetzgebung, die solche Gestalten. Reklame gehört nicht in die Landschaft. Ebenso frevelhaft wie die Geschäftsreklame ist die politische Reklame. Man findet ganze Heerschwärme mit politischen Symbolen verziert und eine entsprechende Erklärung an die betreffenden Parteien von Seiten des Deutschen Bundes Heimgeschick wurde mit einer Abgabe der Plakatparteien beantwortet. In dem Land, von dem diese Art der Reklame übernommen wurde — Amerika — wendet man sich besonders gegen diese Verunstaltung der Landschaft, Bemerkenswert ist, daß amerikanische Frauenorganisationen zum Boykott der Waren auffordern, deren Reklame besonders häufig zu sehen ist.

Der Referent zeigt an Hand von Lichtbildern besonders sinnlos verunstaltende Reklameschilder und Plakate. Andererseits auch solche, die sich an die Umgebungen anpassen; ferner Bilder von Landstellen, Benutzungsreklame, die das Landschaftsbild verschönern. Auf dem Gebiet der Außenreklame dürfte Hamburg ein Vorbild sein. Ebenso bemerkt der Redner, daß in der 5. Avenue in New York kein einzelnes vorstehendes Reklameschild zu finden sei. Da nun die Erde, bzw. die Landschaft nicht ausreicht, benutzt man noch den Himmel zur Abendszeit dazu. Ebenso werden die Schornsteine mit Blinklichtreklame ausgestattet.

Der Referent betrachtet die Reklame vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus und kommt zu dem Ergebnis, daß die Reklame sich ins Endlose steigert, während der Verbrauch — bedingt durch die Außenreklame evtl. brotlos gewordenen Künstler hätten in der Stadt ein großes Betätigungsfeld. Außerdem gehört die Reklame in die Zeitung.

Inwiefern die einzelnen Organisationen ihre Arbeit auf dem Gebiet der Bekämpfung der Außenreklame erstrecken, sei z. B. das es dem Touristenverein „Die Naturfreunde“ als besonderes Verdienst in der Bekämpfung der politischen Außenreklame angerechnet wird. Die reklametreibenden Firmen stellen von selbst die Außenreklame ein. Doch stellt der Redner fest, daß die Schweizer Schokoladefirma „Tobleroni“ sich noch besonders hartnäckig auf die Außenreklame verlegt. Die Reklame soll nicht ansprechen, sondern überzeugen. Man begegnet am besten dieser Unsitte durch Aufklärung. Reklame in der Natur ist wie Schminke im Gesicht.

Herr Sped., 1. Vorsitzender der Bergwacht, Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe, dankte dem Redner für seine Ausführungen.

() Plakatsperre. Anlässlich der Eröffnung des neuen Ostmarktes auf dem Rade Gde Durlacher Allee und Wohlfahrtsweg Straße wird die Plakatsperre unter Leitung von Obermarktmann Heffig heute Mittwoch, den 16. November, vormittags 11 Uhr abgestellt ein öffentliches Standortzeichen.

() Die erste Prämie der Winterhilfe-Lotterie. Bei der gestern vormittag unter amtlicher Aufsicht gezogenen 1. Prämie der Karlsruher Winterhilfe-Lotterie fiel der Betrag des Gewinns auf 100.000 M. auf das Los Nr. 5596. Die Auszahlung des Gewinns erfolgt nach Prüfung der Richtigkeit der vorzuliegenden Prämienausweise bei der Geschäftsstelle der Winterhilfe-Lotterie, Kaiserstr. 109. Falls das Los im Zahlen-Spiel gekauft worden ist, entfällt auf jeden Mitspieler ein Betrag von 20.— M. Die 2. Prämie beträgt 100.— M. gelangt voraussichtlich nächste Woche zur Ziehung. Die 1. und 2. Hauptgewinne von 500.— M. noch nicht gezogen.

Baldisches Landesbheater. An Stelle des erkrankten Kapellmeisters Schwarz, der sich erst am 16. November von Kapellmeister Keilberth dirigiert werden.

Schiffspielhäuser

„Die Weber“ in den Bad. Lichtspielen

(Ein stummer Film)

Dicht gedrängt und gedulbig warten in der Parkentfabrik Die Weber die armen Weber, um ihre „Webe“ abzuliefern. Dreißiger, rechte Hand Dreißiger prüft, vermischt die Ware, schüttelt mit Weibliche Tränen und heimliches Weinen der Weber ist die Antenne. Der rotbraune Bäcker tritt ein, auch seine Arbeit gefüllt nicht, er wird ausgesaugt und entlassen. Den Weibern läßt Dreißiger sagen: „Die Weibchenweberer ist billiger. Ihr dürft aber weiterarbeiten — um den halben Lohn“. Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Nachricht unter den Weibern. Moritz Käser, der gerade aus der Stadt vom Militär kommt, dem es gut geht, feuert sie an. Dreißiger hat ein Spottlied vor Dreißigers Haus. Vermerkt wird Dreißiger den Hauptkassierer Käser festnehmen lassen, doch Dreißiger befreit ihn aus den Händen der Gendarmen, stürzt Dreißiger aus, der nur mit Mühe entkommt. Nachdem sein Haus verflucht ist, geht der Zug nach der benachbarten mechanischen Webfabrik, die den geringen Lohn der Handweber noch um die Hälfte zu kürzen droht. Auch die Fabrik wird gestürmt, die Weber sind nicht mehr zu halten. Militär rückt auf den Dorfplatz, aus den Häusern rennen die Bewohner. Nur der brave, alte aottestehende Hille weicht nicht von seinem Weibstuhl. Ein Kampf zwischen der Weibebildung und den Soldaten entpinnst sich, die Soldaten müssen der Weibermacht weichen. Eine verpöbelte Kugel trifft den alten Hille, lautlos sinkt er an seinem Weibstuhl nieder. Soldaten stehen sich zurück, die Weber schauen ihnen nach. Ein Schnitt des ewigen Kampfes ist beendet. Wie wird es morgen, wie wird es übermorgen werden? Der Kampf geht weiter. Dieser interessante Film läuft heute und morgen in den Bad. Lichtspielen. Der Besuch ist dringend zu empfehlen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

In Nordbaden hat sich gestern der Nebel den ganzen Tag gehalten, da die Luftbewegung wegen der gegenwärtig über Europa sehr flachen Luftdruckverteilung ziemlich gleich blieb. Eine wesentliche Veränderung wird voraussichtlich auch bis morgen nicht eintreten.

Wetterausichten für Donnerstag, den 17. November 1932: Fortdauer der Trockenperiode, in tiefen Lagen meist neblig, im Gebirge vorwiegend heiter.

Wasserstand des Rheins

Kasel 24, gef. 3; Radebusch 255, gef. 25; Rheinweiler mündung 157, gef. 1; Rehl 253, gef. 4; Marau 399, gef. 1; Mannheim 268, gef. 9; Caub 190, gef. 8 Zentimeter.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfall

Nichtbeachtung des Vorfahrtsrechts und unvorsichtiges Fahren war die Ursache, daß gestern Abend eine Kollision zwischen zwei Kraftfahrzeugen stattfand. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt, das eine bedarf, daß es abgeschleppt werden mußte. Der Führer des einen Kraftwagens wurde durch Glassplitter leicht verletzt.

Körperverletzung

In vergangener Nacht wurde in der Mittelstadt ein Mißbrücker Mann von einem Unbekannten mit einem Stock heftig auf den Kopf geschlagen, daß er blutüberströmt ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Täter wurde nach Abschleppung ins Krankenhaus eingeliefert.

Soziales Schicksal und Erbanlage

(Zum Vortrag von Privatdozent Dr. Curtius am 18. Nov. 20 Uhr im Kinderkrankenhaus.)

Von Dr. med. H. Paull, Stadtobermedizinalrat i. N.

Es hat viele Jahrzehnte die Ansicht allgemein geherrscht — und sie beginnt auch jetzt erst allmählich aus den Köpfen der Denker zu schwinden, — daß diejenigen Einflüsse, welche nach der Enttötung des Menschen auf ihn einwirken, daß die sogenannten Umwelteinflüsse den Werdegang des Menschen in der Hauptache bestimmen. Die Einflüsse der Kindererziehung, die soziale Stellung der Eltern, die materiellen Mittel, welche ihnen zur Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder zur Verfügung stehen, werden, wenn auch nicht gerade als die einflussreichsten, so doch mindestens als die hauptsächlichsten Umstände angesehen, von welchen Gesundheit und Krankheit, Lebensführung und Lebensstellung, kurz das soziale Schicksal der Menschen abhängt.

Die Wissenschaft von der Ererbung hat in diese Anschauungen eine Breiße gelegt. Nicht als ob die Umwelteinflüsse vollständig gesehnet werden könnten oder sollten. Einen gewissen Anteil am Menschenschicksal werden sie immer behalten.

Aber ihre Allmacht ist ihnen durch die Ererbungslehre freit gemacht. Es hat sich gezeigt, daß das Keimplasma jene Verbindung von Geist und Materie, aus welcher der Mensch entsteht, daß das biologische Erbgut, welches von Vater und Mutter und aus deren Ahnenreihen auf das entstehende Menschlein einströmt, wichtiger ist, als die Umwelteinflüsse, welche erst nach der Enttötung auf den Menschen einwirken.

Die neue Lehre der „Eugenik“ (wörtlich überleht „Wohlgeborene“), welche sich auf die Ererbungslehre stützt, zeigt deutlich die Quelle, aus welcher soviel Menschlichkeit und Menscheneleid fließt: Die unüberlegte und daher oft fehlerhafte Gattenwahl.

Wird die Gattenwahl unbedünktet um körperliche, geistige und sittliche Tüchtigkeit, um körperliche und seelische Gesundheit getroffen, dann bildet biologisch minderwertiges Erbgut die Grundlage, auf welcher der neue Mensch entsteht, dann schweben die schwarzen Mächte der körperlichen und seelischen Erbkrankheiten auf das Schicksal des Erbkindes.

Die hieraus entziehende erbliche Belastung unseres Volkes ist ungeheuer. Man denke nur an die vielen Freiwühler, Straß- und Fürsorgeerziehungsanstalten, deren Anstalten größtenteils aus erblicher Anlage ihr schmerzliches Los tragen.

Und es ist kein Zweifel, daß die erbliche Belastung unseres Volkes mit jedem Tage größer werden und schließlich zur Katastrophe führen muß, da gerade die Vererbungsgesetze, die größten Teile des Erbes mit hochwertigem biologischem Erbgute, in viel geringerer Anlage an der Fortpflanzung teilnehmen, als der übrige Teil der Bevölkerung.

Die Eugenik verlangt zur Übergehaltung des sozialen Schicksales des einzelnen Menschen, sowie zur Herbeiführung eines besseren Menschenschicksales überhaupt nicht mehr und nicht weniger, als daß sich zur Familiengründung möglichst nur erbgutgute Menschen vereinigen sollen, ergebnis einer Körper und Geist. Eugenik ist letzten Endes Erziehung zu einer größeren Verantwortung vor dem kommenden Geschlecht, zu einer höheren Sittlichkeit.

„Erbgesund“ oder „stüppengeund“ ist etwas anderes, als mehr, als „einzelgeund“. Die Ererbungslehre hat uns nämlich gezeigt, daß ein äußerlich ganz geund erscheinender Mensch doch von seinen Eltern, Großeltern und Ahnen überkommene Krankheitsanlagen in sich tragen kann, die erst bei seinen Kindern und Kindeskindern wieder in die Erscheinung treten und zwar in der Regel immer dann, wenn sie mit denselben Krankheitsanlagen von der Seite des andern Ehepartners, der sie ebenfalls vererbt hat, sich treffen zusammenkommen. Erbgesund sein, heißt also frei sein auch von vererbten Krankheitsanlagen. Diese vererbten Krankheitsanlagen kann man durch eine richtig angelegte biologische Familienforschung in den meisten Fällen erkennen. „Forschet in eurer Familie und ihr werdet Segen auf eure Kinder bringen.“

Herr Privatdozent Dr. med. Curtius von der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg, ein bekannter Forscher auf dem Gebiete der Ererbungslehre, wird über das Thema: „Sozial- Schicksal und Erbanlage“, und über alle hierauf bezüglichen Fragen am Freitag, den 18. November 20 Uhr im großen Saale des Kinderkrankenhauses sprechen. Der Vortrag ist von der „Badischen Gesellschaft für Eugenik“ und vom „Haus der Gesundheit“ gemeinsam veranstaltet.

Aus der Stadt Durlach

Notstandsarbeiten mit Hindernissen

Die Stadtgemeinde Durlach steht leider immer an der Spitze der badischen Städte, die die größte Arbeitslosigkeit aufzuweisen haben. Die große Not, die aus der Arbeitslosigkeit erwächst, zu lindern, ist die Sorge der Stadtverwaltung. Der Herr Bürgermeister sucht unermüdet nach Arbeiten, damit die Leute, die in den ärmsten Familienverhältnissen leben, zu Verdienst und Brot kommen. In dieser Sorge um Arbeit hat die Stadtverwaltung einmütig beschlossen, die Grablagen des Hauptfriedhofes durchzuführen. In diesem Graben wird das Wasser von den Gebäuden Balmbach, Grünwiesenschlag und Wolfersweiler bei Niederschönen und Schneefeld aufgenommen. Sein Lauf geht durch die Gemarkung Durlach, ehemalige Gemarkung Aue. Auf letzter Gemarkung befindet sich ein Abweh als Notarbeiten bei großem Anfall von Wasser. Der Vließgraben, der hinter dem Orte Aue im Gebiete des Güterbahnhofs Durlach und Karlsruhe durchzieht. Überholt sind bei großen Wasseranstimmungen diese Gräben überlaufen. Sie waren für die Bewohner und Kulturen die größten Verderber. Die schon unermesslichen Schäden angeht haben. Bei solchen Wasseranstimmungen (Jahr 1931 zweimal) ist das Schmelzen auf die Stadtverwaltung und Behörden an der Tagesordnung. Ja, der eine sucht den andern noch zu übertrumpfen, um zu beweisen, was er für ein Kerl ist. Die Beseitigung dieses Notstandes, also die Regulierung des Grabens, hat die Stadtverwaltung bei dem Kulturamt erwirkt. An der Gemarkungsgrenze Wolfersweiler immer der Graben eine recht scharfe Krümmung, an dieser tritt das Wasser vom Gebirge mitbringt, liegen alle Gemarkungen, die für das Ueberfließen vorhanden. Also will nun die Stadtverwaltung den Graben in gerader Linie ziehen, etwas verbreitern und das Wasser kann unbehindert dem Walde zu, wo dann Ueberläufe vorhanden sind, um auszufließen und in den Kiesboden zu versickern, ohne Schaden anzurichten. Genannte Arbeit ist Erdbe-

gung Arbeit für unsere Erwerbslose. Da die Länge über einen Kilometer beträgt, kommen ziemlich Tagewerte in Frage. Nun steht ein Vertreter der Grundstücksbesitzer ein, um ihre Rechte zu wahren, was ihnen an sich niemandem übel nimmt. Aber daß man so weit geht, daß einige um lauter Vorteile die andern überbieten, um ja nicht zu kurz zu kommen, fordert zur Kritik heraus.

Die Grabanlage erfordert von 25 Besitzern eine Durchscheidung der Grundstücke. Dazu sollen die Besitzer ihre Zustimmung geben. Die Stadt verspricht im Interesse der Beteiligten zu ihren Gunsten die Sache zu regeln, denn der Zweck für die Stadtverwaltung ist die Leute in Arbeit zu bringen. Die verfügbaren Gelder ausbringend anzuwenden. Aber der Egoismus im einzelnen geht über alles. Trotz wiederholter Beseitigungen ist es heute noch nicht gelungen, die Zustimmung der Besitzer zu erlangen, damit die Arbeit angefangen werden kann. Es sei bemerkt, daß ein großer Teil mit der städtischen Regelung einverstanden ist.

Das Kulturbauamt und die Stadtverwaltung gehen in genanntem Gelände aber weiter, denn hier liegen Grundstücke, die überhaupt keine Zufahrt haben und deshalb über andere Grundstücke gefahren werden muß. Solange die Bewirtschaftung rein landwirtschaftlich war, ging dieser Zustand, heute aber, wo sich alles auf Gemüße umgestellt hat, ist es ein dringendes Bedürfnis, hier Wandel zu schaffen. Auch diese Arbeit bedeutet Arbeitsbeschäftigung für die Erwerbslosen und wäre somit eine Mutteranlage durch die geplante Feldbereinigung zu erhalten. Es gibt weiter Arbeit und den Familien Brot. Durch diese Feldbereinigung wird gewonnen, daß auch Grundstücksbesitzer ohne Ruhestuhl den Betrieb durchführen können.

Als Kosten werden für die Besitzer unter Anwendung durch die Stadtgemeinde für das ¼ Morgen 5 M. bezeichnet. Geländeverlust 2 Prozent und soweit gute Feldwege, die dann durch die Stadt unterhalten werden müssen. Das macht nun einige Besitzer so durch einander, daß man auf dem schnellsten Wege am Samstag mittag durch die Ortshalle auf Sonntag eine Versammlung einberuft mit der Tagesordnung: „Die Feldbereinigung auf den Hufen.“ Die Versammlung wurde, ohne alle Einzelheiten zu kennen, von circa 60 Besitzern besucht und so beschloffen, wie die Anführer betonten, nämlich die Feldbereinigung unter allen Umständen abzulehnen. Viele sind ja gar nicht im Klaren, was es sein soll und durch die Ueberrumpelung glaubt man, die Sache sei erledigt. Die übergroße Zahl der Besitzer vor gar nicht da. Es muß nun Aufgabe der Stadt sein, für diese Aufführung zu sorgen, damit der ablehnende Teil überaus wird, daß er falsch unterrichtet ist. Nach dieser Arbeit kann erst eine Tagfahrt stattfinden und hier müssen 66 ¼ Prozent dagegen sein, denn ist es erst abgelehnt und diese Zahl bringen die Gegner nicht zusammen. Der Interessentenhaufen frist sich bis dorthin selbst auf. Die Stadtverwaltung muß noch weit mehr wie bisher die Interessen der in Not befindlichen Arbeitslosen in den Vordergrund stellen und versuchen, Arbeit zu finden und die anderen lassen sich dann gewiß auch noch überzeugen.

Die Wandererherberge Durlach

besteht am 15. November fünf Jahre. In dieser Zeit wurde sie von mehr als 30 000 Wanderern aufgesucht. Dabei handelt es sich durchweg um mittellose Wanderer, welche auf Rechnung des Kreises bzw. der Stadtverwaltung verpflegt wurden. Räumlichkeiten und innere Einrichtung sind mütterlich und haben vielfach vorbildlich gewirkt. Bürgermeister R i h e r t, dessen Initiative die Herberge in der Hauptache ihre Entstehung verdankt, hat sich hier ein dauerndes Denkmal gesetzt. Und man ist fast versucht, anzunehmen, daß dieser Umstand dazu beiträgt, daß die immer wieder auftauchenden Gerüchte über eine geplante Aufhebung der hiesigen Herberge nicht zum Schweigen kommen, obgleich sich die Frequenz gegenüber den früheren primitiven Herbergeinrichtungen mehr als verdoppelt hat und die durchschnittliche jährliche Belegung mit mehr als 6000 Wanderern als Nachweis eines tatsächlichen Bedürfnisses gelten könnte. Insbesondere die ganz nach neuestem System eingerichtete Desinfektionsanlage, in welcher die Desinfektion nur mit Heißluft durchgeführt wird, ist es, welche die Wanderer aus naher und weiterer Umgebung, welche sich unrein fühlen, veranlaßt, die Herberge aufzusuchen, weil hier die nachteiligen Wirkungen sonstiger Desinfektionsysteme auf Kleingeldstücke usw. nicht entstehen. Jedenfalls ist die Durlacher Herberge zu den bestingerichteten Badens, ja selbst ganz Deutschlands, zu zählen.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Sozialdemokratische Bürgerauschuhfraktion
Mittwoch, 16. November, abends 8 Uhr, Sitzung im kleinen Rathssaal.

Bezirk Müppurr

Eine Parteiverammlung findet am Mittwoch, den 16. November, 20 Uhr, im Kindergarten statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Parteisekretärs Gen. Tri n k s über „Wahlbetrachtungen“. Zahlreicher Besuch ist notwendig. Eifrige Front- und Volksfreunde sind willkommen.

Der Streit um die Konkordatsfrage

Die Verhältnisse innerhalb der badischen Sozialdemokratie haben sich durch die Konkordatsfrage so zuspitzt, daß der Parteivorstand der hiesigen Parteiorganisation es für dringend geboten erachtet, die Mitgliedschaft über diese Fragen einsehend zu unterrichten. Wie schon in der am letzten Freitag stattgefundenen Parteiverammlung durch Beschluß festgelegt, wird am kommenden Montag, den 21. November, abends 8 Uhr, im Festsaal des Restaurants „Friedrichshof“ in einer Parteiverammlung Staatsrat und stellvertretender Minister des Innern und Vorsitzender der Landtagsfraktion der SPD, Genosse Leopold R i h e r t über die Konkordatsfrage in Baden, Die Arbeiterorganisationen werden gebeten, an diesem Abend keine Beratungen zu treffen. Bereits schon getroffene Dispositionen bitten wir umsohoniger zu wahren. Wenn diese Versammlung ausnahmsweise an einem Montag stattfindet, so liegen eben Dinge vor, denen Rechnung zu tragen der Vorstand gezwungen war.

Unser Parteimitglieder werden um rege Teilnahme an der Versammlung ersucht.

Der Vorstand.

Die Buchkontrolle wird streng durchgeführt.

Bezirk Daglanden

Donnerstag abend 8 Uhr Ausschuhfraktion mit dem Kampfanspruch der Eifrigen Front im Volkshaus.

Die noch ausstehenden Sammellisten

für Freizeitspartymarkten sind umgehend bei dem Gen. Lang Kaiserstr. 46, abzuholen.

Diesemgenen Bezirke, deren Wahlanlagen noch nicht verrechnet sind, haben unbedingt im Laufe dieser Woche abzurechnen.

Die Bezirksstapler werden an die Ablieferung der Oktoberbeiträge erinnert.

Badische Maschinenfabrik und Eisengießerei vorm. G. Sebold und Neff, Durlach. Der Aufsichtsrat hat beschloffen, der auf den 10. Dezember 1932 einuberufenen Generalversammlung aus einem zur Verfügung stehenden Reingewinn von 372 301 M. (einschließlich Vortrag) die Verteilung einer Dividende von 9 Proz. auf die Stammaktien für das Geschäftsjahr 1931/32 vorzuschlagen. Auf neue Rechnung werden 78 895 M. vorgeschlagen.

Vonder Mode

Es ist nicht zutreffend, daß man Kunstseide und Baumwolle nur im Sommer tragen kann. Es ist aber auch durchaus nicht notwendig, daß flotte Nachmittags- oder Abendkleider für den Winter immer aus kostbaren, teuren Geweben geschneidert sein müssen. Es gibt so viele aparte Gewebe aus indanthrenfarbiger Baumwolle, Agfa-Travis und anderen Kunstseiden, Vistra usw., aus denen sich die herrlichsten Kleider machen lassen.

All diese indanthrenfarbigen Stoffe verbinden mit der Billigkeit den Vorzug der Farbhchtheit, denn indanthrenfarbige Gewebe sind in aller Welt als unübertroffen waschecht, lichtecht, wetterecht bekannt. Aber achten Sie stets besonders auf die Indanthren-Marke.

Was die Mode mit wenig Mitteln Schönes zu bieten vermag, sehen Sie bei der Indanthren-Modenschau:

„Ewig treu“

veranstaltet vom Karlsruher Hausfrauenbund e.V. am Donnerstag, d. 17. November, nachmittags 4 Uhr, im Saal der „Eintracht“, Karl-Friedrich-Straße. Leitung u. Ansage: Hela Strehl, Moderedakteurin von „Sport im Bild“, Berlin. Vorführung reizender indanthrenfarbiger Modelle, Indanthren-Tanz, Gruppentänze - Tanzschule von Frau Mertens-Leger. Der neue farbige Indanthren-Tonfilm „Ewig treu“, Preisfrage mit hübsch. Gewinnen, musikalische Darbietungen, Kapelle Malmshemer Karlsruhe. Eintritt frei. - Gäste willkommen

Die hiesigen Geschäfte zeigen in diesen Tagen in ihren Schaufenstern eine Fülle indanthrenfarbiger Artikel für jeden Geschmack.

- Indanthren-Waren führen u. a.: Dreyfuß & Siegel, Kaiserstraße; Otto Fischer, Kaiserstraße 130; Himmelheber & Vier, Kaiserstraße 171; Eugen Kentner A.-G., Kaiserstraße 84; Teppichhaus Kaufmann, Ritterstraße 5; Inhaber Willi Tuiwener; Leipheimer & Mende, Kaiserstraße 169; Christ. Oertel, Kaiserstraße 191; Inhaber Heinrich Oertel; J. Schneyer, Komm.-Ges., Kaiserstr. 95 mit sämtlichen Filialen; Carl Schöpf, Kaiserstraße 139, Ecke Marktplatz; Leinen- und Wäschehaus August Schulz, Herrenstraße 24; Paul Schulz, Waldstraße 33, gegenüber dem Colosseum; Julius Strauß, Kaiserstraße 189; Hermann Tietz, Kaiserstraße 92



Kleine bad. Chronik

* **Reufthal, 15. Nov. Verkehrsunfall.** Gestern nachmittags liefen an der gefährlichen Ede Kaiser- und Schloßstraße ein Berliner Kraftwagen und ein Kehler Motorradfahrer zusammen. Dabei trug der Motorradfahrer Karl Wiesner aus Rehl Verletzungen am Kopf und am Fuß davon. Der Sozialfahrer Jakob Schneider aus Rehl wurde auf eine Haustreppe geschleudert, kam aber mit Prellungen davon.

* **Baden-Baden, 15. Nov. Kind verbrüht.** Gestern nachmittags stürzte die dreijährige Hildegard Knebel in einen im Hofe aufgestellten Rüssel mit heißem Wasser. Das Kind wurde am Rücken schwer verbrüht.

* **Forstheim, 15. Nov. Familienreit.** Gegen 10 Uhr gab es gestern abend in einem Hause der Theaterstraße einen bösen Familienreit. Ein 60jähriger Schneider wurde von seiner Frau und seinem Sohn so geschlagen, daß Polizei und Sanitäter gerufen werden mußten. Als sie eintrafen, waren die Täter verschwunden. Sie hatten den Mann zu Boden geworfen und auf ihm herumgetreten. Man verbrachte ihn über sechs Stunden ins Krankenhaus.

* **Kappelrodt, 15. Nov. Blühende Räume.** Ein in dieser Jahreszeit seltenes Naturpiel kann man gegenwärtig auf dem Acker des Landwirts Bernh. Jüls, Ottenberg, beobachten. Vier Zweifelhäuseräume stehen dort in voller Blüte.

* **Altenheim, Amt Offenbura, 15. Nov. Brand.** Hier ist in dem von Landwirt Sped 2 bewohnten Anwesen in der Kanonengasse ein Schadenfeuer ausgebrochen, dem der größte Teil des Anwesens zum Opfer fiel. Ein Teil des Wohnhauses blieb erhalten, ist aber derart beschädigt, daß es abgerissen werden muß. Gebäude und Fabrikmaschinen betragen zusammen etwa 10.000 RM. Das Feuer soll durch Unvorsichtigkeit im Schmelzfall entstanden sein. Selbstmord. In einem Unfall von Schwermut hat sich ein 66 Jahre alter Landwirt auf dem Heuschopf erhängt. — **Wilderer schlagen Säen mit Mistgabeln tot.** In der letzten Zeit treiben Wilderer auf diesen Gebirgsflanken die Jagd auf Mistgabeln, die vom Sodenhüter angegriffen oder beschädigt worden sind, kamen zur Anzeige. Drei schlugen die Säen mit der Dunggabel tot, der vierte schlug Säen mit einem alten Mistgabelgewehr.

Karlsruher Umgebung

Forstheim
Im Anetretener Genossenschaftsrechner. Vor dem Karlsruher Schöffengericht stand der bisher unbescholtene Räder B. unter der Anklage wegen fortgesetzter Unterschlagung. Es wird ihm zur Last gelegt, als Rechner der Bäuerlichen Besuchs- und Abgabengesellschaft in Forstheim Geldbeträge von insgesamt 9704 M aus der

ihm anvertrauten Kasse entnommen und für sich verbraucht zu haben. Im einzelnen ging er in der Weise vor, daß er von den Mitgliedern eingehende Beträge in den Kassenbüchern nicht aufschrieb und den sich ergebenden „Leberchuh“ an sich nahm. Auf Grund der eingehenden Beweisaufnahme gelangte das Schöffengericht zu der Überzeugung, daß ein Betrag von mindestens 4000 M als Unterschlagung angenommen werden muß. Von den verurteilten Geldern wurden 3000 M von dem Angeklagten wieder erbeten. Das Urteil gegen den Angeklagten lautete auf drei Monate Gefängnis.

Theater und Musik

Badisches Landestheater

Zur Aufführung: Der Ring des Nibelungen.
Während das Jahr 1932 im Gedächtnis Goethes stand, wird das Jahr 1933 Richard Wagner gewidmet sein. Und zwar wird man ein doppeltes Jubiläum feiern: das seines 120. Geburtstages und das seines 50. Todestages. Noch immer steht die Gestalt Richard Wagners untrüben in der Musikgeschichte. Wenn der leidenschaftliche Kampf um seine Größe und Bedeutung auch abgeebt ist, wenn die beiden feindlichen Mächte bis aufs Äußerste sich schwenken, so schwebt sein Charakterbild dennoch in der Geschichte, von der Parteien Günst und Gäß verwirrt. Diejenigen, die glauben, die Vaterlandsliebe für sich allein gepachtet zu haben, nehmen Richard Wagner für sich in Anspruch. Sie vergessen, daß durch den „teutschen“ Stempel, den sie ihrem Helden aufdrücken, sie ihm die Herzen derjenigen verriegeln, die unbeeinträchtigt um seine zeitgebundene und politische Stellung von seinem Werk aufnehmen und genießen wollen, was dauern den Wert besitzt. Daß auch Richard Wagner weit über die Grenzen seines Vaterlandes Anerkennung besitzt, beweisen die vielen Aufführungen seiner Werke in allen Erdteilen.
Das frühere Karlsruher Hoftheater hat das Verdienst durch Vermittlung und Aufführung der Werke des „einseitigen“ aus Deutschland verbannten Revolutionärs Richard Wagner seiner Kunst die Wege geebnet zu haben. Diese Tradition des Hoftheaters hat das Landestheater übernommen. Noch heute werden an unserer Bühne die Wagneropern gepflegt. Der Nibelungenring gehört sozusagen zum festen Bestand, er gelangt fast alljährlich zur Aufführung. Auch in diesem Winter wurde der Ring gleichsam als Vorfeier des kommenden Wagner-Jahres in den Spielplan aufgenommen.
Im Ring liegt das Lebenswerk Richard Wagners beschlossen. Durch viele Jahre seines Schaffens hindurch, hat er sich mit dieser gewaltigen Tragödie getragen. Er hat damit 1848 begonnen. Die revolutionären Eindrücke dieses Jahres und seine eigene Beteiligung am Dresdener Maiaufstand 1849,

die seine Flucht aus Deutschland bedingte, haben wohl entscheidend auf die Gestaltung des Werkes gewirkt. 1853 ist die Dichtung vollendet, aber erst 1876 erlebt das grandiose Werk zur Einweihung des Bayreuther Festspielhauses seine Uraufführung. Eine Flut von Zeitungsartikeln und Broschüren für und wider den Ring ergoß sich im Lauf der Jahre über das kunstreiferische Publikum. Die Polemik ist heute verjährt, aber noch immer zieht die Philosophie, die in den Wörtern und Sätzen des Werkes verkörpert ist, den Hörer in seinen Bann.

Wie Wagner in seine Nibelungenphantasie viele Legenden, Sagen und Märchen verwendet hat, so hat er die Vorbildung weit dieser entlegenen Zeiten auf glückliche mit dem Ring seine eigenen Zeit vermischt. Der Mythos des Götter, das als Mittel zur Macht gebraucht, den Welt zum Elfen macht, ihn dem Untergang weicht und fortzuehend Böses muß gebären, wird gerade heute von neuem schauernd empfunden. Und die Gegenwart lehrt jeden Einzelnen mit grau ameer Deutlichkeit, daß Geleise und ehrene Beträge wirkungslos werden, wenn die ihnen gemäßen Voraussetzungen nicht mehr bestehen. Bei Wagner, seiner individualistischen Einseitigkeit gemäht, ist es ein Einzelner, ein Halbgot, Siegfried, der den Zweer Wotans, das Sinnbild der Verträge, in Stücke haut und damit die Götterdämmerung herbeiführt.

Die Aufführung der Nibelungen-Trilogie bietet in technischer, künstlerischer und musikalischer Hinsicht ungleich größere Schwierigkeiten. Trotz der genauen Bühnenanweisungen Wagners und der technischen Vervollkommenung unserer Bühnenausrüstung löst die Verlebendigung der nordischen Märchenwelt auf fast unüberwindliche Hindernisse. Da sind im Nibelungen die schimmernden Nibelungen, in der Walküre der ferner umhüllte Brunnhilde, in der Siegfried, der gleichende Baum, und in der Götterdämmerung die Schicksalweber, die immer ein ungelöstes Rätsel bleiben wird. Auch die höchsten Klippen sind nicht immer glückselig zu umschiffen. Die vier Abende zeigen feine einheitliche Gedänge, trotzdem rundete sich der Ring zu einem geschlossenen Gesamteindruck. Die Wirkung der einzelnen Rollen durch ein ereignisreiches Spiel ist bekannt und hier schon des öfteren gewürdigt worden. Man freute sich, daß Hans Nisch sich von seiner langwierigen Indisposition wieder vollständig erholt hat. Das verhältnismäßig sehr reichhaltige Publikum folgte den Klängen in gern in sonnige Höhe, hatte aber auch Verständnis dafür, wenn sich über der obersten Szene graue Dichter schleierte. Die beiden Kapellmeister Götter- und Heronewelt merktlich trübten. Am höchsten im Bühnenbild und im Orchester gelang der Ertrag der Götter in die etwas wellenförmige Höhe. Sonst gab es manchen Schatten auch im Orchester. Die beiden Kapellmeister Krips und Schwarz hatten sich in die Stäbelführung gefügt. Intendant Dr. Baag führte auch diesmal wieder die Regie.

JETZT Ihre PELZ-ÄNDERUNGEN
Auch Ihren PELZ-MANTEL verlängern wir Ihnen nach der neusten MODE zum billigsten Preise
Gutmann
Karlsruhe Kaiserstr. 122

Dankagung.
Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau
Maria Karcher
sagen wir auf diesem Wege unseren besten Dank
Die trauernden Hinterbliebenen:
Wilhelm Karcher jr.
nebst Angehörigen

Schlafzimmer
in Eiche, mit Nussbaum poliert, sehr moderne Form, nur **RM. 375.-**
Fesslerle, Oberfabrik, Duracher Allee 89 a.

Kastler Anzeigen
Bekanntmachung
Die Hauseigentümer, welche einen Rest zu Haus zur Aufhebung von Wohngebäuden, Teilung von Wohnungen und den Umbau von gewerblichen Räumen zu Wohnungen in Aussicht zu nehmen beabsichtigen, wollen ihre Anträge alsbald hierher einreichen. Die Anträge müssen spätestens bis zum 30. Januar 1933 im B. B. des Vorbesitzes sein. Nach diesem Zeitpunkt ist eine Anträge nicht mehr möglich.
Kastler, den 6. November 1932.
Der Oberbürgermeister, Renner.

Einige hundert Benzinmotoren
— zuverlässig — sparsam, einzeln oder in größeren Posten billig, weit unter Preis abzugeben. Gef. Anzeig. unt. V. J. 180 a. d. Volksfreund.

DEUTSCHE BANK UND DISCONTO-GESELLSCHAFT
Filiale Karlsruhe
Kaiserstr. 90 Fernspr. 6000-6006

STEUERGUTSCHEINE
Wir besorgen den An- und Verkauf und erteilen jede gewünschte Auskunft

Naturheilverein Karlsruhe
Einmalige Anzeig Einmalige Anzeig
Öffentlicher Vortrag, am Freitag, 18. November, abends 8 Uhr, in Saale der Handwerk kammer (Karlsruhe 10) von Dr. med. Heim, Stuttgart über:
Seelische Krankheiten aus seelischer Not
Ursachen, Angst- und Minderwertigkeitsgefühl, Fehler in der Kindererziehung, Traum, nervöse Störungen, Geisteskrankheiten, neue Hilfsmittel für seel. Kranke.
Eintritt: 80 Pfg., res. Platz 1.50 RM.
Mitglieder des Na. unheil-, Kneip- und Homöopathischen Vereins: Halbe Preise gegen Ausweis. — Vorverkauf: in den Reformhäusern: Alpinia, Neubert und Wilhelm.

Badische Gesellschaft für Eugenik und Haus der Gesundheit.
Freitag, 18. November 1932, 20 Uhr
Vortrag von Dr. med. Dr. Curtius Heidegger über:
„Soziales Schicksal u. Erbanlage“
im Haus der Gesundheit, Kar. Wilhelmstraße 1
Eintrittspreise: Vorbehalter 1.50 RM., Nichtvorbehalter 30 Pfg. Erwerb. unentgeltl.

Kluge Geschäftsleute
schätzen den Arbeiter als Kunden. Sie inserieren deshalb im Volksfreund.

HE-WAL-KA
Gummiwaren
Gewandheits- u. Krenkeplage Artikel
Herrn Walter KARLSRUHE, Schloßstr. 19, Tel. 124.
Gummiwärmflaschen — Wärmeliebinden.

Bad. Lichtspiele
Konzerthaus
Festspiele zum 70. Geburtstag Gerhart Hauptmann Die Weber
mit u. a.
Paul Wegener, Theodor Loos
Vorspiel: Rienzi, op. 124 von Richard Wagner
16. und 17. November, täglich 5 und 8.30 Uhr
Zu Gunsten der Karlsruher Volksgemeinschaft.
Vorverkauf: Buchhandlung Mendel, Kaiserstraße, Ecke Passage und im Büro Bahnhofstraße 9
Preise: RM. 0.60 bis 1.40 Jugend verboten

Café Restaurant 3 Kronen
Kronenstr. 11 — Telefon 5110
Heute Mittwoch **Schlachttag**
Vorzugs-Qualitätswein, Anninger Export-Wein (Gemischte Gesellschaft) Ferdinand Weber

Gesangverein FESTHALLES AAL
Gesangverein
Concordia e. V.
Samstag, den 19. Nov., 20 Uhr
KONZERT
zu Gunsten der Winterhilfe
unter Mitwirkung von Kammerorganist **Malte Fanz** (Landeskammerorganist Theo Sack) und Kantor
Am Flügel- und Orgel- Eintritte des Vereins.
Konzertkarten zu RM. 1.- u. 75.- je nummeriert und 50 Pfg. nicht nummeriert.
Hierauf: **TANZ!** (Gästebillig) 1.- RM.
Vorverkauf siehe „Lakate“

Arbeiter! Berücksichtigt bei den Anträgen die Interessen dieser Artigen

Auch in Ihr Haus gehört ein Klavier
LUDWIG SCHWEISGUT
Erprobteste Klaviere (beim Rondo) 1200
Flügel u. Pianinos
v. billigst. Lernklavier b. z. kostbar. 1200